

04 Erziehung 2016 und Wissenschaft

www.gew-sachsenanhalt.net

1. April 2016

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt



*Wenn's eng wird,
weil es an zu vielem
fehlt, brauchen wir
zumindest mehr
Freiraum.*

□ Aktuell:

- Nach der Landtagswahl
- Kinderförderungsgesetz
- „Faires Abi“

□ Titelthema:

- Schule in Sachsen-Anhalt
 - Schulkrise
 - Schuljahr 2016/17
 - Schulkapazitäten

□ Bildungspolitik:

- Auslandslehrkräfte

□ Tarif + Recht:

- Tarifrunde TVöD
- Lohnerhöhung

□ Bildungsarbeit:

- Bildungstage



Eva Gerth, stellvertretende GEW-Vorsitzende und Leiterin des Vorstandsbereiches Tarif und Recht

Kommentiert: Nach der Wahl

Was hätte Radio Jerewan auf die Frage geantwortet, ob die GEW in Sachsen-Anhalt von der Landtagswahl betroffen ist? „Im Prinzip ja, aber – die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter.“

Die GEW vertritt die Interessen ihrer Mitglieder. Es geht uns unter anderem um die Änderung des Kinderförderungsgesetzes, um die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern, um die Einstellung von mehr jungen Kolleginnen und Kollegen, um Unterricht, Inklusion, Deutschstunden für Flüchtlingskinder und die Abschlussprüfungen ohne weitere Belastungen und Stundenausfälle meistern zu können, um die Festschreibung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer, um den Abbau von Belastungen, die aus Personalkürzungen resultieren, um nichtprekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Schließlich geht es um eine ordentliche tarifliche Bezahlung für alle, die im Bildungsbereich arbeiten. Dazu muss Bildung ausreichend finanziert sein.

Unsere Ziele gab es vor der Landtagswahl, sie haben sich danach nicht verändert. Wir kämpfen um die Umsetzung mit Gesprächen, Überzeugungsarbeit, Aktionen, gehen bei Tarifverträgen manchmal Kompromisse ein und sind bereit zum Streik. Insofern geht nach dem Schock über die Ergebnisse der Landtagswahl unsere Arbeit weiter. Das erwarten wir übrigens auch von denen, die in Politik und Administration demnächst unsere Ansprechpartner/innen sein werden.

Die GEW ist und bleibt weiterhin eine Mitmachgewerkschaft, mit Vielen, die sich engagieren und unsere Ziele und Ideen tragen. Im übertragenen Sinne gilt das auch für das Mitmachen in der Landespolitik. Wir werden auch weiterhin unsere Interessengebiete beackern und jenen, die uns noch nicht kennen oder uns unterschätzen, zeigen, wer wir sind und was wir können. Die GEW bekennt sich in ihrer Satzung zur UN-Menschenrechtscharta und zum Grundgesetz. Sie kämpft gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung in jeder Form, auch schon bevor an die AfD zu denken war. Das wird sich nicht ändern. Aber es wird nun wichtiger, genauer hinzuschauen, die Argumente zu schärfen und die Auseinandersetzung mit denen zu führen, die schnodderig einfache Lösungen versprechen.

Wir bleiben einfach die GEW Sachsen-Anhalt.

Eva Gerth

ZUSAMMENRÜCKEN?

UND DAS HILFT???

NA, ZUMINDEST
ERSTMAL
GEGEN DIE
ANGST ...



Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Nach der Wahl	2
Nach den Landtagswahlen:	
Demokratischer Kurswechsel bleibt auf der Tagesordnung	3
Tarifrunde für Bund und Kommunen:	
Verhandlungsaufakt ohne Annäherung	3
Kinderförderungsgesetz: Unbefriedigende Situation an Kitas	4
Reform der Oberstufenvorordnung: Haseloff zu „fairem Abi“	4

Titel-Thema: Schule in Sachsen-Anhalt

Schule in Sachsen-Anhalt: Mit aller Kraft die Schulkrise überwinden	5
Vorbereitung des neuen Schuljahres 2016/17:	
Schulen in Not und allein gelassen	6
GEW-KV Magdeburg zu Lehr- und Lernbedingungen:	
Platzkapazitäten an den Grundschulen sind erschöpft	7
Schüler brauchen Klassenräume: Was ist los in Magdeburg?	8
Einstellung von Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache:	
Heuern und feuern in Sachsen-Anhalt	9

Tarif + Recht

Landesbeschäftigte (TV-L) und Beamte:	
Tariferhöhung greift mit dem 1. März	10
Beamtenbesoldung: Mögliche Altersdiskriminierung von Beamten	10
Paritätische Tarifgemeinschaft: GEW-Bonus sichern	10
Schulung für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte an Schulen:	
Arbeitssicherheit und Integration sind Schwerpunkte	11

Bildungsangebote

Altmarkischer Lehrerinnen- und Lehrertag:	
Nach 23 Jahren geht eine Ära zu Ende	12
Bildungsnachmittag der GEW Stendal: „ Schüler motivieren?! “	12
Fortbildung der GEW Westliche Altmark: „ Lernen 2.0 “	12
8. Bildungstag Harz: Schüler – Lehrer – neue Medien	12
Informationsangebot der Arbeitsgruppe Auslandslehrkräfte:	
Von internationalen Erfahrungen profitieren alle	13
„Böckler-Aktion Bildung“:	
Gewerkschaften unterstützen Studierende	13
AJuM-Fachtag: „ Von Bücherfressern und verfressenen Büchern “	14
Nachschatz: Der Michel hat gewählt	16

Nach den Landtagswahlen:

Demokratischer Kurswechsel bleibt auf der Tagesordnung

Die Landtagswahlen vom 13. März haben Deutschland erschüttert. Die AfD hat Ergebnisse erreicht, die nicht nur Staunen, sondern Entsetzen in allen politischen Lagern hervorrufen. Die Erfolgsursache dieser Partei ist schnell ausgemacht. Nun ist nicht die Zeit für voreilige Einschätzungen, aber es ist doch offenkundig, dass die Flüchtlingsfrage nur deshalb solche Bedeutung gewinnen konnte, weil der Sozialstaat für viele nicht mehr verlässlich Lebensqualität sichert.

Nur zehn Sekunden hat der mdr am Wahlabend eine Analyse für die ausschlaggebende Wahlentscheidung der AfD-Wähler eingebettet. Mit weitem Abstand spielte die Frage der sozialen Gerechtigkeit die entscheidende Rolle. Vor sozialem Abstieg oder dem totalen Scheitern des Sozialstaates haben die Leute Angst. Flüchtlinge werden als zusätzliches Abbaupotenzial wahrgenommen. Diese Angst überdeckt gerade bei denen, die vom Sozialstaatsabbau am stärksten betroffen sind, alles andere. Das wirkt so stark, dass die Angstmacherpartei AfD gehörig zugelegt hat, obwohl sie den Sozialstaat weiter demontieren will. Wenn wir die „Flüchtlingskrise“ in den Griff bekommen, wird alles so wie früher, tönt es aus CDU- und SPD-Kreisen. Man müsse die „Verirrten“ wieder in die bürgerliche Mitte zurückholen. Wenn sich da unsere bisherigen politischen Eliten mal nicht gründlich täuschen! Mit Gerede jedenfalls lassen sich die AfD-Wählerinnen und -Wähler ganz bestimmt nicht in die bürgerliche Mitte zurückholen. Diese bürgerliche Mitte ist erodiert. Sie wird immer kleiner, auch wenn sich Facharbeiter, Angestellte, Bauern und Mittelständler noch so anstrengen. Der mit Schröders Basta-Politik und der rot-grünen Agenda 2010 begonnene Abbau von Arbeitnehmerrechten hat massenweise zu prekären Arbeitsverhältnissen geführt. Wer heute gut ausgebildet in den Beruf einsteigen will, schindet sich erst in schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika und kann von Glück reden, wenn er dann

Leiharbeiter werden darf oder eine befristete Anstellung bekommt. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist wie ein Sechser im Lotto. Familienplanung wird damit zum Hasardspiel. Kommen Kinder, wird man zur „Person mit erhöhtem Armutsrisiko“, weil Familie und Beruf einfach nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Die Kita-Beiträge schlucken einen Großteil des Familieneinkommens. Wir schlittern sehenden Auges in amerikanische Verhältnisse. Denn viele sehen den Ausweg in noch mehr Arbeit und nehmen einen Zweitjob an. Da kommen locker über 60 Arbeitsstunden in der Woche zusammen. Sosehr sich die Menschen auch mühen: Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Jahr für Jahr wird das im „Armutsbereich“ so bestätigt. Nur ganz wenige der politisch Herrschenden stoßen sich daran.

Die Steuergesetzgebung in Deutschland ist seit Jahren eine Verhöhnung der Leistungsträger. Sie begünstigt die Superreichen und bürdet den Arbeitenden immer mehr Lasten auf. Da kommt natürlich Angst auf, wenn man den erschuferten kleinen Wohlstand auch noch mit Flüchtlingen „teilen“ soll. Aber auch die Flüchtlinge sind kein Schicksal. Es gibt Ursachen. Darüber wird in den politischen Talkshows nicht oder kaum gesprochen. Überall, wo die USA mit ihren Verbündeten in den letzten Jahren mit militärischen Mitteln präsent waren, um angebliche Demokratie durch Sturz von Machthabern verschiedener Couleur herzustellen, sind heute Menschen auf der Flucht und viele klopfen an unsere Türen. Das fängt an im Kosovo, das trotz KAFOR-Soldaten heute eine Rekrutierungsbasis für Kämpfer des IS aus Europa ist. Die Perspektivlosigkeit für Jugendliche ist dort schlimmer als in jedem anderen Teil Europas. Es setzt sich fort über Nordafrika, Syrien, Irak, Afghanistan, ... Wenn die Ukrainekrise nicht einvernehmlich beigelegt wird, müssen wir sicher auch mit Flüchtlingen aus dieser Richtung rechnen. Doch niemand im herr-

schenen Lager kommt auf die Idee, diese Außenpolitik zu hinterfragen. Wenn Fluchtsachen bekämpft werden sollen, muss man die Großmachtpolitik von USA und EU wie auch Russlands und Chinas an den Pranger stellen, muss man grundlegend der Außenpolitik – auch der Bundesrepublik – in den Arm fallen.

Auffällig war, dass ein Begriff die Runde machte, der letztlich der AfD in die Karten spielte. Plötzlich hatten die „etablierten Parteien“ – nicht die regierenden – versagt, ihre demokratische Bindungswirkung zu erhalten. Ganz abgesehen davon, ob die Partei Seehofers nicht sogar demokratisches Terrain verließ und Wege nach Rechtsaußen öffnete, ist dieser Begriff doch so verschwommen, dass echte Alternativen, wie sie durch DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt angeboten wurden, einfach untergepflügt werden konnten.

Eine differenzierte, dem Anspruch an mündige Bürgerinnen und Bürger gerecht werdende Orientierung wurde einer allgemeinen Stimmungsmache geopfert. Bedenklich stimmt auch die Formulierung, dass die CDU wieder mehr nach rechts rücken müsste, besonders in der Flüchtlingspolitik. Lässt sich Menschlichkeit im Parteispektrum zwischen links und rechts verorten? Wir weigern uns, dies zu glauben.

Humaner Umgang mit Menschen in höchster Not ist kein Privileg irgendeiner Partei. Demokratie und Menschlichkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Mit einem so genannten „Rechtsruck“ lassen sich keine Probleme lösen. „Rechts rüber und dann business as usual“ wäre wohl die schlimmste aller Optionen.

Deshalb muss das Landtagswahlergebnis zu mehr als einer neuen Landesregierung führen. Ein demokratischer Kurswechsel bleibt auf der Tagesordnung: In Sachsen-Anhalt, in der Bundesrepublik und in der internationalen Gemeinschaft.

Rolf Hamm und Hans-Dieter Klein

Tarifrunde für Bund und Kommunen:

Verhandlungsaufpunkt ohne Annäherung

Am 21. März haben GEW und ver.di die Tarifverhandlungen mit dem Bundesinnenministerium und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für den TVÖD aufgenommen.

Die Arbeitgeber haben die gewerkschaftlichen Forderung nach sechs Prozent mehr Geld und einer Anhebung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro pro Monat rigoros abgelehnt. Darüber hinaus halten die Arbeitgeber an einem Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung fest. Gerade Erzieherinnen und Erzieher können aber auf die Betriebsrente nicht verzichten. Ihre Ausbildungsjahre zählen bei der Berechnung der gesetzlichen Rente nicht mit, zumal viele in Teilzeit arbeiten müssen.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben insbesondere in den vergangenen Monaten gerade in der Flüchtlingsarbeit großen Einsatz gezeigt. Die Steuereinnahmen übertreffen die Vorausberechnungen. So entstehen erhebliche finanzielle Spielräume. „Jetzt müssen

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anteil an dieser Entwicklung erhalten“, sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nach der Verhandlung. Sie wies darauf hin, dass die Konjunktur gut laufe und immer stark vom privaten Konsum getragen werde. „Eine ordentliche Gehaltssteigerung soll diese Entwicklung stabilisieren“ Tepe machte noch einmal deutlich, dass der öffentliche Dienst bei der Gehaltsentwicklung gegenüber der Wirtschaft immer noch Nachholbedarf habe. Schützenhilfe für die gewerkschaftliche Entgeltforderung kam auch Peter Bofinger, Wirtschaftsweiser im Sachverständigenrat der Bundesregierung, im ARD-Morgenmagazin: „Ich kann mich ja nicht in Tarifverhandlungen einmischen, aber ich kann sagen, was aus volkswirtschaftlicher Sicht im Jahr 2016 passt. Aus meiner Sicht haben wir im Jahr 2016 einen Produktivitätsanstieg von knapp einem Prozent ... Außerdem brauchen die Arbeitnehmer einen Ausgleich für die Inflationsentwicklung. Das sind knapp zwei Prozent,

nämlich das Inflationsziel der EZB. Zusammen kommen wir dann auf eine Größenordnung von zweieinhalb bis drei Prozent. Und jetzt kann man noch einen Aufschlag von etwa einem halben Prozent machen, einfach dafür, dass in Deutschland seit Beginn der Währungsunion die Löhne weniger gestiegen sind.“

Von dieser Position sind die öffentlichen Arbeitgeber bei Bund und Kommunen noch weit entfernt. Thomas Böhle, Verhandlungsführer der Kommunen, erklärte kühl: „Wir können uns eine angemessene Entwicklung der Entgelte für die Beschäftigten vorstellen ... Aber angesichts einer Inflationsrate von gegenwärtig Null und der angespannten Haushaltsslage der Kommunen sind sechs Prozent, so wie gefordert, nicht darstellbar“. Die Zeichen stehen also auf Warnstreik. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 11. und 12. April vorgesehen, die Schlussrunde für den 28. und 29. April 2016.

Daniel Merbitz



Kinderförderungsgesetz: Unbefriedigende Situation an Kitas



Parallel zur GEW-Fachtagung zum Kinderförderungsgesetz (→ EuW 3/2016, Seite 7) schrieb Kollegin Regina Schmidt an die damaligen Landespolitiker. Sie ist Kita-Leiterin in der kommunalen Kita „Traumzauberbaum“ (160 Kinder im Krippen- und Kindergartenalter mit hohem Migrantenanteil, 22 ErzieherInnen) in Magdeburg.
Wir veröffentlichen eine gekürzte Fassung dieses Briefes.

Die Redaktion

Ich habe mir mal die Mühe gemacht und mir die letzten drei Monate (November, Dezember, Januar) im Hinblick auf die anwesenden Kinder und das anwesende Betreuungspersonal angeschaut. Dabei habe ich folgendes festgestellt:

Im November 2015 waren zwei Gruppen an zehn Tagen, drei Gruppen an einem Tag und eine Gruppe an sechs Tagen nicht ausreichend mit Personal versorgt, sprich der Personalschlüssel konnte an 17 Tagen im November nicht eingehalten werden. Im Dezember 2015 waren vier Gruppen an einem Tag, drei Gruppen an sieben Tagen, zwei Gruppen an drei Tagen und eine Gruppe an vier Tagen nicht ausreichend mit Personal versorgt – an 14 Tagen konnte der Personalschlüssel nicht eingehalten werden. Im Januar 2016 waren fünf Gruppen an einem Tag, vier Gruppen an drei Tagen, drei Gruppen an einem Tag, zwei Gruppen an acht Tagen und eine Gruppe an zwei Tagen nicht ausreichend mit Personal versorgt – an 15 Tagen konnte der Personalschlüssel nicht eingehalten werden. Trotz geleisteter Mehrstunden und des Einsatzes der Leitung im Gruppendiffert in diesen drei

Monaten, konnte der Betreuungsschlüssel nicht immer eingehalten werden. Somit waren die Gruppen im Durchschnitt einen halben Monat nicht ausreichend mit Personal besetzt.

Die Fehlzeiten des Personals kamen durch Krankheit, Fortbildung und Urlaub zustande. In allen drei Monaten haben sich in zwei Krippengruppen Kinder zur Eingewöhnung befunden. Bei einer längeren Unterbesetzung in diesen Gruppen bedeutet das für die einzugewöhnenden Kinder, dass die Erzieherinnen nicht individuell auf die neuen Kinder eingehen können und somit das Eingewöhnungsmodell (Bezugserzieherin), welches in der Kita besteht, nicht umgesetzt werden kann. Weiter entstanden häufig für die Kinder in der Krippe längere Wartezeiten u.a. beim An- und Ausziehen, beim Wickeln und anderen pflegerischen Maßnahmen. Im Nachmittagsbereich kommt es bei fehlendem Personal in der Krippe häufig vor, dass Kinder nicht rechtzeitig gewickelt werden können, wenn sich nur noch eine Erzieherin im Gruppenraum befindet. Zudem waren Entwicklungsgespräche und Elternabende in einzelnen Gruppen zu dieser Zeit geplant, die aufgrund des Personalmangels nicht durchgeführt werden konnten. In dem genannten Zeitraum kam es auch vor, dass eine Erzieherin mit nur einer Jahrspraktikantin mit 20 Krippenkindern allein in der Gruppe war.

Es besteht die Verpflichtung aller Kitas nach dem Bildungsprogramm zu arbeiten und dieses umzusetzen, doch das KiFöG regelt diese Verpflichtung ungenügend bzw. zum größten Teil auch gar nicht. Zeiten zum Planen

von Angeboten und Projekten, zum Erstellen von Portfolios und zum Auswerten von Beobachtungen werden im aktuellen KiFöG nicht geregelt.

Das KiFöG ist in meinen Augen kein Gesetz zur Förderung der Kinder, sondern nur ein Gesetz zur Betreuung der Kinder.

Ich sehe es als meine Pflicht als Leiterin einer Kita an, mich um das Wohl der Kinder als auch um das Wohl der Erzieherinnen zu kümmern. Doch leider sind mir und auch dem Träger der Einrichtung die Hände gebunden, da die gesetzlichen Bestimmungen keinen angemessenen Betreuungsschlüssel für das Wohl der Kinder hergeben.

Deshalb meine Forderung an die Politiker als Entscheidungsträger: Ein Gesetz zu erarbeiten, welches mit dem Bildungsprogramm konform geht und klar Vor- und Nachbereitungszeit, Freistellung der Leitung, Stellvertretungstätigkeit regelt und Fehlzeiten wie Fortbildung, Urlaub und Krankheit zusätzlich einkalkuliert. Kitas mit hohem Migrationsanteil sollten zusätzliche Stunden für Personal zur Verfügung haben, um den Mehraufwand, den Kinder und ihre Eltern mit Migrationshintergrund nun einmal mit sich bringen, auszugleichen.

Das Argument, dass Sachsen-Anhalt ein Land ist, welches finanziell nicht so gut da steht und somit die Kitas nicht genügend finanzieren kann, darf und kann bei der frühkindlichen Bildung nicht zählen. Sachsen-Anhalt ist im Gegenteil auf gute Bildung von Anfang an angewiesen, auf bildungsnahe Heranwachsende zu setzen, um seine Zukunft weiter voranzubringen.

Regina Schmidt

Reform der Oberstufenverordnung: Haseloff zu „fairem Abi“

Auf der Facebook-Seite <https://www.facebook.com/faires.abi> konnte man noch vor dem 13. März eine Position der CDU zu einem „gerechten Abitur“ in Sachsen-Anhalt lesen, die „wie Rainer Haseloff später mitteilen ließ, nicht von ihm stammte. Trotzdem war sie aber aus dem Hause CDU. Wer auch immer die Stellungnahme verfasst hatte, unterhaltend ist sie allemal. Deshalb veröffentlichen wir sie.“

Die Redaktion

AKTION FAIRES ABI: Herr Haseloff, Sachsen-Anhalt ist bei der Zahl der Abiturienten seit Jahren Schlusslicht in ganz Deutschland. Nur 29 Prozent eines Jahrgangs schaffen hier das Abi. Halten Sie unsere Jugendlichen für dümmer oder fauler als jene aus anderen Bundesländern oder inwieweit sehen Sie die Ursachen woanders?

REINER HASELOFF: Die Schülerinnen und Schüler, die in Sachsen-Anhalt die Allgemeine Hochschulreife anstreben, sind nicht dümmer oder fauler als in anderen Bundesländern. In der Tat ist der Anspruch zur Erlangung des Abiturs in Sachsen-Anhalt hoch. Das ist politisch gewollt. Der Erfolg bei Schuleistungsvergleichen bestätigt diese Politik der CDU-geführten Landesregierung nachdrücklich.

AKTION FAIRES ABI: In Sachsen lag die Abitur-

quote zuletzt bei 37 Prozent, in Thüringen bei 39 und in Brandenburg sogar bei 46 Prozent. Haben Sie ein konkretes Ziel, wie viele Schüler eines Jahrgangs in Sachsen-Anhalt das Abitur ablegen sollten, und was wollen Sie nach der Landtagswahl dafür tun?

REINER HASELOFF: Eine konkrete Zielzahl, wie viele Schülerinnen und Schüler die Allgemeine Hochschulreife erlangen sollten, ist nicht anzustreben. Im Gegenteil: Dies würde einer „Planzahl“ entsprechen, die eher an sozialistische Experimente der Vergangenheit erinnert. Es muss beim Übergang zum Gymnasium und bei der Erlangung des Abiturs aber um die Frage der Qualität und der Geeignetheit aufgrund von individuellen Fähigkeiten und Begabungen der Schülerinnen und Schüler gehen und nicht um reine Statistik.

AKTION FAIRES ABI: Die Initiative Faires Abi hat bereits vor mehr als einem Jahr darauf hingewiesen, dass unsere Gymnasialschüler quantitativ und qualitativ mehr leisten müssen als andere und zugleich schlechter bewertet werden. Ursache ist die landesspezifische Berechnung der Abiturnote. Dadurch werden junge Leute aus Sachsen-Anhalt bei der Studienplatzwahl gegenüber anderen Bundesländern tendenziell benachteiligt. Können Sie erklären, warum die Landesregierung in den letzten fünf Jahren nichts gegen diesen Missstand unternommen hat?

REINER HASELOFF: Ein Misstand – wie unterstellt – ist nicht zu erkennen. Ein hohes Anforderungsniveau im Abitur ist per se noch kein Nachteil bei der Studienplatzwahl. Es geht auch bei dieser Frage um die Qualität und die individuelle Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler, die entscheidend für die Notenvergabe sind. Ein Gegenbeispiel sei genannt: Wenn im Bundesland Thüringen im Schuljahr 2014/2015 1.200 Schülerinnen und Schüler das Abitur mit der Durchschnittsnote 1,0 erlangen, dann darf und muss man diese Leistungsummessung kritisch mit Blick auf die Maßstäbe bei der Notengebung hinterfragen.

AKTION FAIRES ABI: Ihre Partei, die CDU, hat sich das Ziel gesetzt, nach der Wahl zur verbindlichen Schullaufbahnempfehlung zurückzukehren, um für Grundschüler den Übergang zum Gymnasium zu erschweren. Das dürfte die Zahl derer, die bei uns das Abitur schaffen, noch weiter verringern. Werden auf diese Weise nicht automatisch junge Familien mit Kindern am Gymnasium in Nachbarbundesländer wie etwa Brandenburg vertrieben, wo die Chance auf das Abitur 50 Prozent größer ist als in Sachsen-Anhalt?

REINER HASELOFF: Die Eltern benötigen eine verbindlichere Orientierung, damit künftig weniger Kinder am Gymnasium scheitern. Wir wollen also weniger Misserfolg, nicht aber eine geringere Abiturientenquote.

Die Redaktion der EuW traf sich zwei Tage nach dem denkwürdigen 13. März 2016 zu ihrer turnusmä-

Schule in Sachsen-Anhalt:

Mit aller Kraft die Schulkrise überwinden

ßigen Sitzung, um diese Ausgabe unserer Mitgliederzeitung vorzubereiten. Wie sich die Landespolitik konkret ausrichtet, wird auch beim Erscheinen dieses Heftes noch nicht wirklich klar sein. Wie auch immer, die durch die Landesregierung und die Regierungsfraktionen der so peinlich zu Ende gegangenen Wahlperiode herbeigeführte Schulkrise muss endlich beendet werden.

Wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN (Drucksache 6/4753 vom 22.01.2016) kurz vor Ende der Wahlperiode nun auch schwarz auf weiß deutlich wurde, ist der Begriff „Krise“ in diesem Zusammenhang durchaus gerechtfertigt. Die Probleme mit der „Flüchtlingskrise“, die das Land Sachsen-Anhalt tatsächlich hat, sind, verglichen mit der Situation an den Schulen, geradezu marginal. Diese für den oder jenen vielleicht emotional kaum nachvollziehbare Feststellung resultiert vor allem daraus, dass selbst gut gemeinte Bemühungen des Ministeriums und des Landesschulamtes, den Lehrkräftemangel und die daraus folgenden Qualitätseinbrüche in den Schulen abzumildern, immer öfter ins Leere laufen.

Mangels ausgebildeten jungen Lehrkräften, wegen unattraktiven Einstellungsbedingungen, sich ständig erhöhenden Arbeitsbelastungen und hohen Krankheitsraten geht es den Verantwortlichen wie dem Hasen im Wettlauf mit dem Igel: Die Unterversorgung mit Lehrkräften, der Stundenausfall, die Klassenzusammenlegungen und auch bauliche Mängel oder gar fehlende Unterrichtsräume sind immer schon da. Und man hat den Eindruck, dass diese Entwicklung sich forciert. Nicht nur Fatalisten sagen bereits, dass wir über Jahre hinweg die Folgen der verfehlten Personal- und Schulpolitik, der Sparpolitik an den Hochschulen mit einer dezimierten Lehrerbildung und der immer größeren Belastung der Lehrkräfte sowie der überdimensionierten Schulschließungskampagne wegtragen müssten. Wahrscheinlich spielt dabei ein Schuss Realismus mit. Aber umso notwendiger ist eine radikale Krisenbewältigung, die – aller Wahrscheinlichkeit nach – aber von denen bewerkstelligt werden muss, die die Krise herbeigeführt haben. Eine Vogel-Strauß-Politik verbietet sich aber angesichts der drohenden Gefahren für die Kinder und Jugendlichen unseres Landes.



© www.sw-kommunikation.net

Die GEW hat seit Jahren gegen das Personalentwicklungskonzept des Finanzministers gekämpft. Die darin verankerte Kürzungspolitik hat in die Schulkrise geführt. Deshalb hat die GEW in Parlamentsgremien wie auf der Straße auf die Gefahren hingewiesen und Alternativen angeboten, die diese Bezeichnung im Unterschied zu politischer Scharlatanerie auch verdienen.

Der GEW bleibt als wahre Interessenvertretung der Beschäftigten im Bildungsbereich und in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Kindern, Jugendlichen sowie Eltern und damit dem Land Sachsen-Anhalt nichts anderes übrig, als ihrem Kurs treu zu bleiben. Sie wird sich der Schulkrise entgegen stellen und wird hoffentlich mit immer mehr Bündnispartnern dafür sorgen, dass sie überwunden werden kann. Sie setzt dabei auch auf einen Kurswechsel der künftigen Regierungsparteien.

Die rigorose Kürzung der Stellen, der Nichtersatz hunderter ausscheidender Lehrkräfte und die dramatische Reduzierung in der Lehrerausbildung müssen rückgängig gemacht werden.

Im nachfolgenden Text werden Wege aus diesem Dilemma gewiesen. An Beispielen aus Magdeburg werden dann Mängel benannt, deren Beseitigung angegangen werden muss.

Wenn die Not immer größer wird, brauchen die Schulen zumindest mehr Freiraum.

Vorbereitung des neuen Schuljahres 2016/17: **Schulen in Not und allein gelassen**

Schulen müssen sich immer stärker selbst helfen – Entlastung ist nicht in Sicht. Auch wenn sicher noch über längere Zeit das Ergebnis der Landtagswahlen und die mehr als schwierige Regierungsbildung die öffentlichen Diskussionen in Sachsen-Anhalt bestimmen werden – das Alltagsleben geht weiter und wichtige Entscheidungen werden nicht warten können. Zu diesen zählt u.a. die Vorbereitung des kommenden neuen Schuljahres, die wie immer bereits mit dem Beginn des zweiten Schulhalbjahres Fahrt aufnimmt. Neben der Klärung zentraler organisatorischer Fragen, wie etwa der nach dem Fortbestand von Schulstandorten und der Besetzung von Leitungsfunktionen, sind dabei vor allem der voraussichtliche Unterrichtsbedarf und die Verfügbarkeit von Lehrkräften abzuschätzen und beides bis zum Schuljahresbeginn möglichst in Übereinstimmung zu bringen.

Lehrkräftemangel führt zu schlechter Unterrichtsversorgung

Bereits im laufenden Schuljahr hat sich jedoch deutlich gezeigt, dass es den Schulbehörden immer weniger gelingt, diese Aufgabe zu meistern. Die Gründe dafür liegen zum einen darin, dass sich derzeit die Schülerzahlen wegen der Migration stärker und schneller ändern, als dies sonst üblich ist, und somit längerfristige Planungen schnell überholt sind. Es liegt aber auch daran, dass den Schulbehörden durch die Fortgeltung der viel zu niedrigen und zudem unflexiblen Begrenzung der Neueinstellungsmöglichkeiten (sogenannter Einstellungskorridor) die Hände gebunden sind, um auf einen erkennbaren Mangel an Lehrkräften rechtzeitig mit weiteren Ausschreibungen und Einstellungen reagieren zu können. Denn bis zuletzt hat das Finanzministerium unter Minister Bullerjahn den Personalabbau in den Schulen mit allen Mitteln verteidigt und jede Diskussion über eine andere Personalpolitik in der schwarz/roten Landesregierung verhindert. Das enge Korsett des Personalentwicklungskonzeptes der inzwischen abgewählten Landesregierung beschneidet immer stärker die Möglichkeiten der Schulen, ihren Schülerinnen und Schülern die bisher gewohnten pädagogischen Angebote unterbreiten zu können. Dabei trifft der grassierende Mangel die Lehrkräfte ebenso wie die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Schatten, die schon jetzt in vielen Schulen auf der schlechten Unterrichtsversorgung liegen, werden im kommenden Schuljahr noch viel länger werden und immer mehr Schulen erreichen. Schulen mit einer ausreichenden Unterrichtsversorgung werden zur Ausnahme werden. Schon eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent wird dann bereits als Erfolg gelten, den die Mehrzahl der Schulen jedoch nicht erreichen wird. Für diese düsteren Aussichten gibt es handfeste Gründe. Denn die Schere zwischen dem steigenden Unterrichtsbedarf auf der einen und der stetig sinkenden Zahl von Lehrkräften auf der anderen Seite wird auch im nächsten Schuljahr wieder auseinandergehen.

Im kommenden Schuljahr werden mehr als 500 Lehrkräfte fehlen

So ist davon auszugehen, dass auch im kommenden Schuljahr die Schülerzahl weiter ansteigen wird – vermutlich um mindestens 2.000 Schülerinnen und Schüler, vielleicht auch darüber hinaus. Das liegt neben der erhöhten Zahl von Migranten u.a. auch daran, dass mehr Schülerinnen und Schüler länger in der Schule bleiben, weil sie z.B. die flexible Schuleingangsphase in der Grundschule in drei statt in zwei Jahren absolvieren oder weil sie am Ende ihrer Schulausbildung den Sprung in die gymnasiale Oberstufe und anschließend auch das Abitur schaffen.

Jedem sollte normalerweise klar sein, dass ein Anwachsen der Schülerzahl auch einen Aufwuchs bei den Lehrkräften erfordert. Man kann da etwa von 70 vollzeitbeschäftigte Lehrkräften je 1.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler ausgehen. In den letzten drei Schuljahren wurde diese aus dem Schüleraufwuchs (insgesamt etwa 5.700 Schülerinnen und Schüler mehr) resultierende Erhöhung des Unterrichtsbedarfs (insgesamt etwa 400 Vollzeitlehrerinnen und -lehrer) jedoch vollständig durch sogenannte „bedarfsmindernde Maßnahmen“ kompensiert. Das geschah weitgehend durch pauschale Kürzungen der Zuweisungen von Lehrerwochenstunden an den Grund-, Förder-, Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Die Gymnasien blieben davon weitgehend verschont. Mit diesen Kürzungen wurde das Unterrichtsangebot allerdings nun schon so weit reduziert, dass bereits „Schmerzgrenzen“ überschritten wurden. Somit soll es nach bisherigen Informationen im kommenden Schuljahr wohl keine

weiteren Einschnitte in den Stundenzuweisungen geben, so dass der Unterrichtsbedarf durch die Mehrschüler ansteigen wird.

Da es bereits im laufenden Schuljahr kaum noch Vertretungsreserven gibt und viele Schulen mit der Unterrichtsversorgung schon jetzt unter 100 Prozent liegen, bedeutet ein steigender Unterrichtsbedarf natürlich, dass die Anzahl der Lehrkräfte, die in den Schulen auch tatsächlich eingesetzt werden können, wieder steigen muss. Das aber wird nicht der Fall sein. Im Gegenteil: Weiterhin werden mehr Lehrkräfte aus dem aktiven Schuldienst ganz ausscheiden oder aber wegen Langzeiterkrankungen, Mutterschutz bzw. anderen Beurlaubungen und Abordnungen nicht zur Verfügung stehen, als derzeit Neueinstellungen geplant sind (420 für das gesamte Jahr 2016). So wird die Zahl der Lehrkräfte in den Schulen auch im kommenden Schuljahr weiter sinken. Die Schätzungen über das zu erwartende Defizit liegen derzeit bei 150 bis 200 Lehrkräften. Außerdem wollen auch immer mehr Lehrkräfte nur noch in Teilzeit arbeiten, um den täglichen Anforderungen noch gewachsen zu sein. Auch dieses Arbeitsvolumen muss durch weitere zusätzliche Einstellungen ersetzt werden.

Nimmt man beide Entwicklungen zusammen – den steigenden Unterrichtsbedarf für die zusätzlich erwarteten 2.000 Schülerinnen und Schüler (140 Vollzeitlehrer) und die befürchtete Reduzierung der Zahl von Stammlehrkräften – müssten mindestens noch einmal 300 Lehrerstellen zum neuen Schuljahr zusätzlich ausgeschrieben werden, allein um das (schlechte) Niveau der Unterrichtsversorgung von diesem Schuljahr halten zu können. Geschieht dies nicht, muss landesweit mit einer Unterrichtsversorgung von unter 99 Prozent gerechnet werden. Um die von der Landesregierung einst versprochene Unterrichtsversorgung von 103 Prozent zu erreichen, müssten insgesamt sogar 550 bis 600 Lehrkräfte zusätzlich zu den bisherigen 420 Neueinstellungen in die Schulen geholt werden. Zusammen wären das rund 1.000 Neueinstellungen im Jahr 2016 – eine Herausforderung, der sich weder die Landesregierung noch die Schulbehörden stellen wollen. Lieber versucht man, wegzuschauen und das Problem der steigenden Schülerzahlen mit einem zu niedrigen Personalbestand zu „untertunneln“.

Notmaßnahmen bei Unterrichtsausfall belasten Lehrkräfte

Diese Personalpolitik hat gravierende Auswirkungen auf die Bedingungen in unseren Schulen, die schon heute vielerorts zu spüren sind. Das betrifft natürlich zuerst den Unterrichtsausfall, der in den letzten Jahren beständig zugenommen hat. Weil die Lehrkräfte hoch belastet sind und immer häufiger durch Krankheit ausfallen, weil an immer mehr Schulen keinerlei Reserven zur Unterrichtsvertretung mehr zur Verfügung stehen und weil der grundlegende Mangel an spezifischen Fachlehrkräften immer weiter um sich greift, kann ausfallender Unterricht oft über Wochen und Monate nur noch durch Notmaßnahmen überbrückt werden. Der Umfang des nicht regulär vertretenen Unterrichts betrug im letzten Schuljahr zwei ganze Unterrichtswochen an den allgemeinbildenden Schulen. Spitzentreiter waren dabei die Förderschulen mit drei Unterrichtswochen gefolgt von den Berufsbildenden Schulen mit zweieinhalb Wochen ohne reguläres Unterrichtsangebot.

Zu den Notmaßnahmen zählen vor allem die Zusammenlegung von Klassen und Lerngruppen, die Erteilung von Aufgaben, das Beaufsichtigen beim Ansehen von Videos und der Einsatz von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Vertretungsunterricht. Linderung erhofft man sich scheinbar auch von einem weiteren Ausbau der Tätigkeit von „Honorarlehrern“, die befristet und meist für wenige Stunden in die Schulen geholt werden, um die größte Not zu beseitigen. In diesem Jahr stehen hierfür über eine Million Euro zur Verfügung. Dies löst aber die Probleme der Unterrichtsversorgung nicht, sondern ist nichts als „Flickschusterei“, die die Schulleitungen und das Landesschulamt enorm belastet und nur wenige positive Unterrichtseffekte bringt. Greifen auch diese Maßnahmen nicht mehr, müssen Klassen tageweise ganz zu Hause bleiben.

Durch diese Notmaßnahmen, die in der Regel nicht zu einem ordentlichen Unterricht führen (von einigen Ausnahmen wie etwa der Erteilung von Unterricht durch Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgesehen), sondern lediglich der Minimierung des ansonsten drohenden Totalausfalls dienen und diesen somit verschleieren helfen, entstehen Doppelbelastungen für die betroffenen Lehrkräfte, die auf längere Dauer nicht ohne Folgen für die Qualität des eigenen Unterrichts und für die eigene Gesundheit zu verkraften sind. Der rapide Anstieg der Langzeiterkrankungen →

→ und des Ausscheidens von Lehrkräften vor dem Erreichen der Altersgrenze sind deutliche Hinweise darauf, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen diesen übermäßigen Anforderungen physisch und psychisch nicht mehr gewachsen sind. Letztlich beschleunigen diese Notmaßnahmen die Abwärtsspirale aus Krankheit der Lehrkräfte bzw. deren gänzlichem Ausscheiden aus dem Schuldienst und dem dadurch entstehenden Unterrichtsausfall. Wenn Schülerinnen und Schüler morgens in die Schulen geholt werden, obwohl schon am Tag zuvor absehbar ist, dass weniger Lehrkräfte anwesend sein werden, als Klassen bzw. Lerngruppen zu unterrichten sind, oder wenn ganze Unterrichtstage für einzelne Klassen nur noch aus Vertretungsunterricht, Aufgabenzetteln, Selbststudium oder Freistunden bestehen, dann ist dies kein verantwortungsvolles pädagogisches Handeln und es dient auch nicht der Erfüllung der Schulpflicht. Dann ist es für alle Beteiligten besser, wenn Schüler zu Hause bleiben und gegebenenfalls entsprechende Aufgaben erhalten – auch, um dann am nächsten Tag bei geordnetem Schulbetrieb konzentrierter arbeiten zu können. Mit einer fiktiven Absicherung von Unterricht, die letztlich nur auf dem Vertretungsplan zustande kommt, ist am Ende niemandem geholfen.

Missbrauch von Aufsichten an Stelle von Unterricht

Hinzu kommt nun eine neuere Entwicklung, die besonders in den Grundschulen und einigen Förderschulformen zu beobachten ist. Denn immer dann, wenn die Schülerinnen und Schüler für eine bestimmte Zeit noch in der Schule bleiben müssen, obwohl ihnen wegen der zu geringen Zuweisung von Lehrerwochenstunden oder wegen fehlender Lehrkräfte bzw. wegen fehlender Pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein pädagogisches Angebot unterbreitet werden kann, verfallen die Schulleitungen mit ausdrücklicher Ermunterung durch die Schulbehörden auf den Dreh, die Schülerinnen und Schüler dann eben nur noch zu „beaufsichtigen“. Und das über Zeiträume von bis zu sechzig Minuten und mehr! Denn Aufsicht ist billig. Sie wird den Lehrkräften nicht auf ihre Unterrichtsverpflichtung angerechnet und steht somit scheinbar unbegrenzt zur Verfügung. So meint es jedenfalls das Landesschulamt.

Dies ist aber eine unzulässige Auslegung der Arbeitszeitregelungen. Natürlich müssen Lehrkräfte im erforderlichen Umfang Aufsichten machen und dies gehört dann in der Tat zu ihren Arbeitsaufgaben, die nicht mit ihren Unterrichtsverpflichtungen zu verrechnen sind. Aber es ist trotzdem ihre Arbeitszeit und die darf nicht in einem Segment im beliebigen Umfang – und schon gar nicht unter einer missbräuchlichen Definition – zweckentfremdet ausgeweitet werden. Außerdem ist es auch aus pädagogischer Sicht inakzeptabel, die Schülerinnen und Schüler in der Schule zu behalten und sie dann wegen der Personalnot nicht sinnvoll zu beschäftigen, sondern nur zu „beaufsichtigen“. Und das ist nicht der Ausnahmefall, sondern geschieht plan- und regelmäßig.

Selbsthilfe der Schulen tut Not und ist möglich

Die GEW fordert schon seit Monaten vom Kultusministerium, dieser Praxis Einhalt zu gebieten und sich mit dem Lehrerhauptpersonalrat über Art und Umfang von Aufsichten zu verständigen, um damit dem weiteren Missbrauch und der immer stärkeren Belastung der Lehrkräfte entgegenzutreten. Bisher blieb dieses Bemühen leider ohne jeden Erfolg. Es kann aber nicht hingenommen werden, dass man von Seiten der Schulbehörden diese Entwicklung einfach laufen



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

lässt und die Probleme bei den Schulen – und damit letztlich bei den Lehrkräften – abläuft. Deshalb sollten betroffene Schulen selbst nach angemessenen Lösungen suchen, um mit den verfügbaren Personalressourcen vernünftig und im Interesse der Qualität des Unterrichts und der Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Lehrkräfte umzugehen. Eine zentrale Maßnahme kann dabei an den besonders betroffenen Grundschulen darin bestehen, mit der Elternvertretung der Schule, den Hortträgern und gegebenenfalls dem Träger der Schülerbeförderung nach Vereinbarungen zu suchen, wie die verlässliche Öffnungszeit der Schule nach dem Schulgesetz den tatsächlich verfügbaren Personalkapazitäten angepasst und somit – zumindest vorübergehend – modifiziert werden kann. Denkbar wären Regelungen, die Schule am Morgen teilweise nicht mit der ersten sondern erst mit der zweiten Stunde zu beginnen (besonders bei den kleinsten Schülern eine durchaus sinnvolle Maßnahme) oder aber die Kinder von den Eltern bzw. durch die Schülerbeförderung am Ende des Schultages früher von der Schule abholen zu lassen. In einem offenen Austausch mit allen Beteiligten sollten in vielen Fällen bessere Lösungen gefunden werden können, als Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte verantwortungslos mit stundenlangen Aufsichten zu belasten. Es steht den meisten Schulen erneut ein Schuljahr bevor, das noch um einiges schwieriger werden wird als das laufende Schuljahr. Solange in einer neuen Landesregierung nicht rigoros umgesteuert und ein Mehrfaches an Lehrkräften – und endlich auch an Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – ausgebildet und eingestellt wird, ist diese Entwicklung und der weitere Niedergang in unseren Schulen nicht aufzuhalten. Es kann nur so viel (gute) Schule gemacht werden, wie für die anstehenden Aufgaben auch ausgebildete, gesunde, motivierte – und somit leistungsfähige – Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Den Schulen helfen dabei weder Wunschdenken noch Gesundbeten – es hilft nur klares Handeln.

Thomas Lippmann

GEW-KV Magdeburg zu Lehr- und Lernbedingungen: Platzkapazitäten an den Grundschulen sind erschöpft

Der Magdeburger Stadtrat beschloss die Änderung der Einzugsgebiete und dies nur vorläufig für ein Jahr. Damit wurde das Kapazitätsproblem an den Grundschulen der Stadt nicht gelöst. Diese „Notoperation mit kurzer Wirkung“ (Zitat „Magdeburger Volksstimme“) verdeutlicht, dass sich die Verantwortlichen für die städtische Schulplanung in der Vergangenheit nicht an den Notwendigkeiten orientierten. Veröffentlichungen, wie z.B. die „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“ oder der „Vergleich ausgewählter Richtlinien zum Schulbau“ (gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung) scheinen bisher nicht beachtet worden zu sein. Vom verantwortlichen Fachbereich der Stadt können der Stadtrat, die Bürger/innen als Steuerzahler, vor allem aber die Kinder erwarten, dass die bis Mai zu erstellende Beschlussvorlage aktuelle Richtlinien sowie die Empfehlungen von Fachleuten aus der Praxis und des Bildungsausschusses berücksichtigen, um das sich in den nächsten

Jahren noch verschärfende Kapazitätsproblem an den Magdeburger Grundschulen zu beseitigen.

Die Aussage „31 kommunale Grundschulen haben Kapazitäten für 9.000 Schüler/innen“ ist nicht nachvollziehbar. Magdeburg hat eine realistische Kapazität für ca. 6.000 Grundschüler/innen.

Die Berechnungszahlen der Stadt für Klassenstärken werden den Ansprüchen einer modernen und handlungsfähigen Schule in der heutigen Zeit nicht gerecht. Die maximale Aufnahmekapazität von ca. 9.000 Plätzen in den Grundschulen wird wahrscheinlich aus dem Produkt der Anzahl der allgemeinen Unterrichtsräume x 28 Kinder pro Klasse berechnet. Für die meisten Grundschulen sind die angegebenen Berechnungsgrößen längst überholt und die maximalen Aufnahmekapazitäten realitätsfern. Die durch die Stadt geplante Anzahl von Schüler/innen für dieses und für die kommenden Schuljahre ist bereits jetzt an vielen Schulen um mehr als 25 →

- Prozent übertroffen und muss dringend korrigiert werden. Das Hauptproblem dieser Berechnungen ist der Klassenteiler von 28. Er entspricht längst nicht mehr der Realität einer funktionierenden Grundschule. In den „Vorgaben für die Klassenbildung“ (Schuljahr 2014/15 des Sekretariats der Ständigen Konferenz der KMK) wird für Grundschulen in Sachsen-Anhalt eine mittlere Frequenz von 22 Kindern mit dem Vermerk „In der Grundschule ist der Klassenteiler durch schülerzahlbezogene Zuweisung aufgehoben“ angegeben. Die Stundenzuweisungen durch das Land bestätigen diese Größe. Für eine zukunftsorientierte Planung sind unbedingt die neuen Anforderungen und Aufgaben einer modernen Grundschule zu berücksichtigen:
- 1. Heterogenität:** Kinder werden mit Entwicklungsunterschieden von bis zu fünf Jahren eingeschult. D.h. in einer heutigen Grundschulklasse werden Kinder, die schon lesen und schreiben können, gemeinsam mit Kindern, die noch nicht einmal einen Stift halten oder sich eine Schleife binden können, eingeschult.
 - 2. Inklusion:** Immer mehr Kinder mit Lernschwächen im Lesen und Schreiben, Sprachstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und weiteren Entwicklungsverzögerungen werden in den Grundschulen gemeinsam unterrichtet. Eine erfolgreiche inklusive Beschulung hängt aber maßgeblich von einer vernünftigen Klassenstärke ab.
 - 3. Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund:** Kinder von Flüchtenden, aber auch vermehrt aus anderen EU-Staaten, werden gemeinsam mit allen anderen Kindern unterrichtet. Sie haben überwiegend kaum bzw. gar keine Deutschkenntnisse. In den Grundschulen werden diese Kinder neben einer Förderung in Kleingruppen in den meisten Wochenstunden integrativ beschult. Eine Klassenstärke über 20 Kinder je Lerngruppe gefährdet die bisher sehr erfolgreiche Integration an Grundschulen.
 - 4. Die Größen vieler Räume lassen Klassenstärken mit mehr als 20 Schüler/innen nicht zu.** Experten empfehlen ca. 4 bis 5 m² pro Kind. Bei einer Berechnung mit einem sehr moderaten Wert von 2,5 m² pro Kind passen in einen Klassenraum von ca. 50 m² rund 20 Kinder. Je Schule muss der kleinste Klassenraum als Berechnungsgrundlage genommen werden, da auch Klassen mit einem großen Klassenraum diese als Fächerräume nutzen. Ein weiterer Aspekt zur Begrenzung der Raumkapazitäten ergibt sich aus den Vorgaben für Fluchtwege.

Diese Fakten bei der notwendigen Neuberechnung zu ignorieren, hätte fatale Auswirkungen auf die Lernentwicklung aller Kinder, auch die der Leistungsstarken! Keine Lehrkraft kann 28 Kinder mit den o.g. Unterschieden optimal auf ihre weitere Schullaufbahn vorbereiten. In einer Grundschule der heutigen Zeit ist neben einer ausreichenden Anzahl von Lehrkräften eine Klassenstärke von ungefähr 20 Kindern notwendig, um bestmögliche Lernergebnisse zu erzielen. Dazu kommen noch die Kleingruppen, welche in den verschiedenen Unterrichtsstunden gesondert gefördert werden müssen. Berechnet man die Kapazität mit einer Klassenstärke von 20 Kindern, kommen wir zu folgender realistischen Größe: ca. 300 Klassen x 20 Kinder = ca. 6.000 Kinder. Magdeburg hat damit seine Kapazität in den Grundschulen längst erreicht.

Die Aussage „... die Verwaltung hält die Zustimmung (für Neubauten) des Landes für fraglich“ ist nicht nachzuvollziehen, im Gegenteil: Bedenkt man, dass aktuell 6.900 Kinder an den Grundschulen unterrichtet werden und diese Zahl bis auf 8.000 Kinder (ohne die Zahl der Flüchtlingskinder) ansteigen soll, benötigt die Stadt Magdeburg dringend neue Grundschulen. Neue zweizügige Grundschulen mit ca. acht Klassen und 160 Schüler/innen halten einer langfristigen

Planung seitens der Stadt stand und sind aus Sicht der notwendigen Mindestschülerzahl des Landes nicht von Schließungen bedroht. Folgende Beispiele zeigen, dass durch die Eröffnung neuer Grundschulen vor fünf bis zehn Jahren, z.B. in Süd und Stadtfeld, diese Probleme bereits gelöst wären.

Beispiel 1: Die Grundschule Ottersleben ist seit ca. 20 Jahren überbelegt. Im Jahr 2002 wurde die Schule baulich erweitert. Seit 2007 musste aufgrund der nicht zutreffenden Prognosen erneut eine Außenstelle eröffnet werden. Die seit 2007 praktizierte, eigentlich als kurzfristig gedachte Übergangslösung führte zu keiner Entschärfung. Im Gegenteil, seit ca. neun Jahren sind die 4. Klassen ausgelagert. Bedenken und Mahnungen seitens der Schule wurden jahrelang ignoriert.

Beispiel 2: Die Grundschule „Am Westring“ und die IGS „Willy Brandt“ haben aufgrund der Tatsache, dass sie ein Schulgebäude teilen müssen, seit über zehn Jahren ein Platz- und Kapazitätsproblem. „Lösungen“ sind die Nutzung der Kellerräume als Horträume, die Nutzung des im Keller befindlichen Speiseraums als Unterrichtsraum, Gruppenarbeit von Kleingruppen auf dem Flur, Doppelnutzung von Turnhalle, Werkraum und Schulhof oder Losverfahren für die Schüler der IGS.

Beispiel 3: Grundschulen in Cracau: Vor ca. fünf Jahren müsste anhand der Geburtenzahlen und der Eröffnung der Neubaugebiete für junge Familien der steigende Mehrbedarf in diesem Stadtgebiet erkennbar gewesen sein.

Die Stadt Magdeburg sollte nicht weitere 15 Jahre zögern, sondern umgehend die Neueröffnung von Grundschulen genauso engagiert angehen, wie die Projekte GETEC-Arena, Stadion- oder Tunnelbau. Erst wenn die Neubauten beantragt worden sind, wird sich zeigen, ob das Land Neubauten ablehnt oder ihnen zustimmt.

Flüchtlingskinder werden nicht eingerechnet. Diese Kinder sind real an den Schulen, aktuell ca. 900 Kinder, Tendenz täglich steigend. Zu klären ist auch, ob die derzeit fast täglichen Neuanmeldungen von Kindern aus EU-Staaten berücksichtigt werden. Die Bundesregierung prognostiziert bis zum Jahr 2020 ca. 3,6 bis 4 Millionen Flüchtlinge. Rechnet man dies auf die aktuellen Zahlen hoch, ergibt sich in den kommenden Jahren ein Aufwuchs von ca. 3.500 bis 4.000 zusätzlichen Schüler/innen in den Magdeburger Schulen. Bei diesen Prognosen werden sehr wahrscheinlich weitere Schulen ihre Aufnahmekapazitäten übersteigen und mit den damit verbundenen Problemen überlastet.

Der Leiter des Fachbereiches „Schule und Sport“ der Stadt Magdeburg findet die Stellungnahmen von Schulleitern entbehrliech, denn sein Fachbereich habe sie zu bewerten „und dann arbeiten wir sie in unsere Beschlussvorlage ein oder nicht“ (Zitat „Magdeburger Volksstimme“). Dass die Argumente von Fachleuten durch den verantwortlichen Fachbereich ignoriert werden, wenn diese nicht den Vorstellungen entsprechen, ist absolut destruktiv. Die Argumente der Mitarbeiter/innen und Fachleute, die täglich Schule in der Praxis gestalten und die entstehenden Probleme bewältigen müssen, sollten auf jeden Fall berücksichtigt werden. Daraus resultierende Meinungsdifferenzen müssen gemeinsam kritisch, aber vor allem konstruktiv gelöst werden.

Die Stadt sollte im Interesse der Magdeburger Kinder, deren Eltern und der Mitarbeiter/innen in den Schulen den Vorschlag des Bildungsausschusses aufnehmen und unverzüglich neue Grundschulen schaffen, um den Magdeburger Kindern optimale Lern- und Entwicklungschancen zu gewährleisten.

Vorstand des GEW-Kreisverbandes Magdeburg

Schüler brauchen Klassenräume: „Verarsche hoch drei“ – Was ist los in Magdeburg?

Wer ist hier eigentlich wessen Chef? Ich dachte, der Stadtrat überlegt sich etwas, was gut ist für die Bürger – hier etwa um die Platzprobleme in den Schulen Magdeburgs zu beheben – und somit für unsere Kinder. Es wird dann diskutiert und, falls es eine Mehrheit gibt, von den Abgeordneten beschlossen. Jetzt sollte die Verwaltung den Auftrag bekommen, diesen Beschluss umzusetzen.

Aber in Magdeburg läuft das anders. Da kann der Stadtrat sagen, was er will, Herr Krüger und Herr Prof. Puhle vom Fachbereich Schule machen trotzdem das, was sie wollen. Herr Krüger hält die Mitarbeit der Schulleiterinnen und Schulleiter, also der Fachleute, bei der Neuordnung der Schulbezirke für entbehrliech. Er sagt, sein Fachbereich bewertet es, dann wird der Beschlussvorschlag eingearbeitet oder auch nicht. Wie selbstherrlich kann Verwaltung sein? Sie ziehen die Abgeordneten mit einem Nasenring durch die Manege oder wie der Abgeordnete Herr Müller sagt: „Verarsche hoch drei“.

Nicht nur an den Grundschulen in einigen Stadtbezirken, sondern auch an der Integrierten Gesamtschule „Willy Brandt“ gibt es Platzprobleme, die nach Aussage von Herrn Prof. Puhle hausgemacht seien. Kritik, auch sachliche, ist nicht das, was Herr Prof. Puhle gern hört. Man hat das Gefühl, da musste noch einmal einer „nachtreten“. Dies aber mit falschen Zahlen. Die IGS „Willy Brandt“ am Westring darf von Klasse 5 bis 13 vierzügig sein, also 36 Klassen haben. Das bedeutet, ihr steht ein Raumbedarf von 58 Klassenräumen zu. Die IGS hat aber 37 Klassen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, unter anderem weil es trotz des Motto „Fördern statt Fordern“ Kinder gibt, die ein Jahr wiederholen müssen. Natürlich hätte man auch den Kindern, die in der Lage sind, das Abitur schon nach zwölf Jahren ablegen zu können, den Weg dahin verwehren und auch gleichzeitig das Schulkonzept ad acta legen können. Schulen sind aber keine Regale, die man einfach vollstapeln könnte. Kinder, die das Jahr →

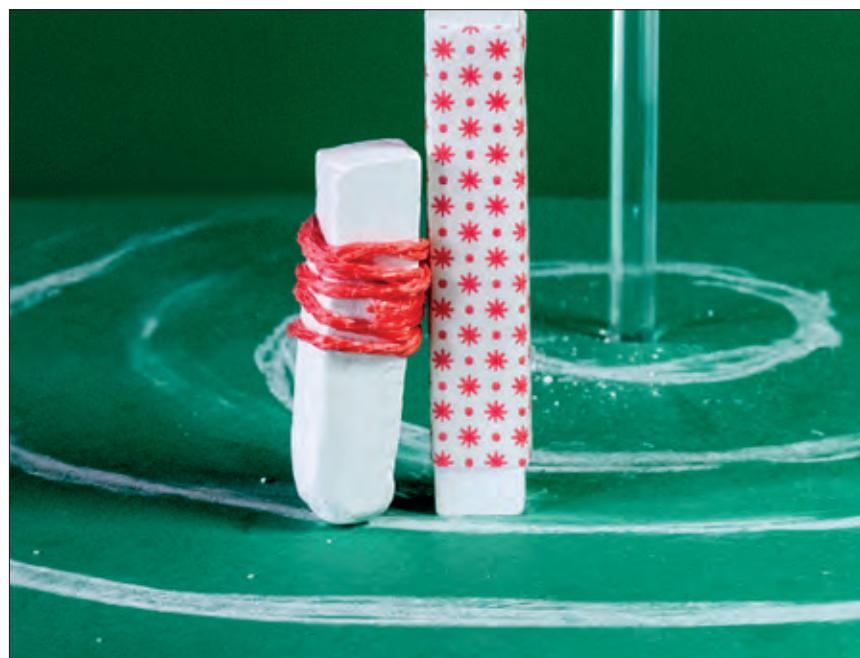
→ wiederholen wollen oder müssen, kann man an keine andere Schule schicken, und gute Schüler zu vertreiben, weil sie an der IGS nicht nach zwölf Jahren das Abitur ablegen können, wäre wirklich blöd. Gut, dass die Schulleiterin das nicht getan hat.

Aber egal ob 36 oder 37 Klassen, es sind sowieso nur 47 von den nötigen 58 Klassenräumen vorhanden. Zu den 47 Klassenräumen zählen auch noch die Töpferei, die Bibliothek, der Ganztagssaal im Keller, die Aula zählt sogar als zwei Klassenräume. Da muss man sich doch fragen, ob die Herren schon einmal etwas von Pädagogik gehört haben.

Die Finnen (PISA-Sieger) sagen, das Gebäude und die Ausstattung sind eine wesentliche Voraussetzung, um gute Lernbedingungen zu schaffen. Dass die Kinder der IGS trotzdem so gut sind, dass es ab Klasse 9 möglich ist, zwei Gymnasialklassen aufzumachen, also das Abitur nach zwölf Jahren abschließen zu können, ist ganz allein dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen an der IGS zu verdanken. Die Bedingungen, um das zu erreichen, belasten nicht nur die Schülerinnen und Schüler beim Lernen, sondern auch die Lehrkräfte beim Lehren.

Was sagt eigentlich das Landesschulamt zu diesen katastrophalen Bedingungen? Unterstützt es seine Schulleiter/innen bei dem Kampf um gute Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte und gute Lernbedingungen für die Schüler/innen?

Martina



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

Einstellung von Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache: Heuern und feuern in Sachsen-Anhalt

In allen Schulformen fehlen Lehrer. Die Migration ist nicht die Ursache, sondern sie verschärft nur diesen Mangel. Nicht alle ausgeschriebenen Stellen konnten besetzt werden. Es fehlte an Bewerbern. Auch Lehrer, die den Kindern mit Migrationshintergrund Deutsch beibringen sollen, fehlen. Deshalb wurden befristete Stellen ausgeschrieben und Kollegen angeheuert. Die Ausschreibung war offen für alle.

Es bewarben sich Menschen aus allen möglichen Berufen, mit vielen verschiedenen Abschlüssen: Techniker, Logopäden, Designer, Raumfahrttechniker, Biologen, Mathematiker, auch Kolleginnen und Kollegen mit ausländischen Abschlüssen. Die Bewerber wurden zu einem Gespräch eingeladen, um die Eignung festzustellen. Einige haben eine Lehrerausbildung, einige haben einen Lehrgang Deutsch für Ausländer, einige haben Erfahrung in der Erwachsenenbildung oder ein Studium in Germanistik. Die meisten aber stürzen sich in ein Abenteuer, haben vorher nie unterrichtet, haben noch nie mit Kindern gearbeitet. Sie werden an verschiedenen Schulformen eingesetzt, von der Grundschule bis zur Berufsschule. Alle eint der Wille, sie möchten Kindern helfen, sich in Deutschland zu integrieren. Voraussetzung dazu ist die Sprache. Sie sind befristet eingestellt bis zum Ende des Schuljahres oder bis zum 31.12.2016, sie arbeiten ein halbes Jahr auf Probe. Nur 50 von den derzeit wahrscheinlich 120 Kolleginnen und Kollegen (die tatsächliche Zahl schwankt fast täglich) sollen zum nächsten Schuljahr unbefristet übernommen werden. Bis zu 200 Lehrkräfte sollen dann nach dem gleichen Modus wieder befristet eingestellt werden.

Es gibt keinen Lehrplan Deutsch für Ausländer, es gibt wenig Unterrichtsmaterial zum Thema an den Schulen, es gab nur eine Fortbildung für die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Raumsituation an den Schulen ist katastrophal, es gibt in vielen Fällen auch keinen Raum, in dem kleine Gruppen unterrichtet werden können. Es wurde und wird in Speiseräumen, in der Aula oder in Kellerräu-

men unterrichtet, auch schon mal zwei Gruppen in einem Raum. Die Organisation muss die Schulleitung übernehmen, aber Platz können sie leider nicht herzaubern. Es mangelt teilweise auch an der pädagogischen Sinnhaftigkeit der Einteilung der Gruppen. Wenn die Lehrkraft morgens in die Schule kommt und nicht genau weiß, welche Kinder heute zu ihr in den Unterricht kommen, kann sie sich auch nur bedingt darauf vorbereiten. Wenn Kolleginnen und Kollegen, die für Deutsch für Ausländer eingestellt werden, dann aber Deutsch in regulären Klassen unterrichten – oder als Vertretungslehrer/in in allen möglichen Unterrichtsfächern eingesetzt werden –, sind sie damit, auch nach so kurzer Zeit, natürlich überfordert.

Zusammenfassend ist also Folgendes festzustellen: Die neuen Kolleginnen und Kollegen haben teilweise keine pädagogische Ausbildung, bekommen kaum begleitende Fortbildung, es gibt wenig Unterrichtsmaterialien, keine Vorgaben, welche Ziele erreicht werden sollen, und schlechte Arbeitsbedingungen. Doch dann werden für die Eignungsfeststellung die Maßstäbe angesetzt, die auch für die voll ausgebildeten Pädagogen gelten. Dann wird daraus ganz schnell ein „pädagogisch nicht geeignet“ und innerhalb der Probezeit, meist schon nach vier oder fünf Monaten, wird gefeuert. Die Kolleginnen und Kollegen haben bis dahin viel Zeit und auch Geld investiert, haben sich selbst Unterrichtsmaterialien erstellt, um allen Widrigkeiten zum Trotz den Kindern Deutsch beizubringen. Natürlich wird es unter diesen eingestellten Kolleginnen und Kollegen auch Beschäftigte geben, die mit der gestellten Aufgabe überfordert sind. Nicht umsonst muss ein Pädagoge fünf Jahre studieren und ein Referendariat absolvieren. Trotzdem sollte man allen Zeit lassen, ihren Weg zu finden, zumal am 31. Dezember 2016 sowieso Schluss ist.

Eine Frage ist noch offen: Was passiert eigentlich nach dem 31. Dezember 2016? Ist dann Frieden in der Welt und alle Menschen können wieder nach Hause?

Helgard Lange

GEW-Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“: Herausforderungen für das Lehrerhandeln

„Herausforderungen“ im Arbeitsalltag von Lehrkräften liegen nicht nur im Unterricht selbst oder im Umgang mit Schüler/innen, Kollegium und Schulleitung, sondern sind oftmals auch organisatorisch bedingt – etwa Probleme wie Lehrkräfteausfall und Fachkräftemangel oder die Herausforderung, bildungspolitische Vorgaben umsetzen zu müssen, ohne dass sich die Ressourcen der Schulen verändern. Die DDS greift einige solcher Herausforderungen auf: Raphaela Porsch (Münster) befasst sich mit der Problematik des fachfremden Unterrichts und zeigt mögliche Auswirkungen auf. Ute Bender, Stefan Keller und Cinzia Zeltner (Basel) veranschaulichen die Möglichkeit des fächervernetzenden Unterrichts, der organisatorisch weniger auf-

wändig ist als fächerübergreifender. Silke Trumpp, Eva-Kristina Franz (Heidelberg) und Silvia Greiten (Siegen) bieten eine Übersicht über Forschungsbefunde zur Lehrerkooperation. Sabine Klomfaß, Melanie Fabel-Lamla (Hildesheim), Frauke Stübig (Marburg) und Dorit Bosse (Kassel) befassen sich mit den spezifischen methodisch-didaktischen Ansprüchen und pädagogischen Zielsetzungen der „Einführungsphase“ in die Sekundarstufe II und mit Umsetzungsproblemen, z.B. durch die Verkürzung auf G8. Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter www.dds-home.de

Sylvia Schütze



Landesbeschäftigte (TV-L) und Beamte: Tariferhöhung greift mit dem 1. März

Im März 2015 haben sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die GEW auf ein umfangreiches Tarifpaket verständigt. Teil der Tarifeinigung war auch eine lineare Tariferhöhung in zwei Schritten für die Beschäftigten an Schulen, Hochschulen sowie in der Landesverwaltung. Rückwirkend zum 1. März 2015 wurden die Entgelte um 2,1 Prozent erhöht. Zum 1. März 2016 gibt es eine weitere Entgelterhöhung und zwar in Höhe von 2,3 Prozent. Für Beamten und Beamte wird diese Steigerung übertragen,

leider um drei Monate nach hinten versetzt. Zudem greift bei der Erhöhung ab März 2016 auch eine soziale Komponente: Es wurde ein Mindestbetrag von 75 Euro vereinbart. Bis einschließlich E 12 (in Stufe 1), E 9 in Stufe 3 und E 8 in Stufe 5 führt dies im Jahr 2016 insgesamt zu einem besseren Ergebnis, als die lineare Tariferhöhung ausmacht. Für Lehrkräfte, die keine Studienräte sind, kommen ab März 2016 noch 7,20 Euro monatlich hinzu. Dies ist ein Erbe aus Zeiten des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT/BAT-O),

der bis Oktober 2006 galt. Es gab bis dahin zwischen den Beschäftigtengruppen unterschiedliche allgemeine Zulagen, die zu einer betragsmäßig geringeren Lehrkräftetabelle (ohne Studienräte) im neuen Tarifsystem des TV-L geführt hat. Diese Ungleichbehandlung wird schrittweise abgebaut.

Erinnert sei, nicht nur am Rande, daran, dass die Tariferhöhungen uns nicht geschenkt wurden, sondern wir diese gemeinsam erstreiken mussten.

Daniel Merbitz

Beamtenbesoldung: Mögliche Altersdiskriminierung von Beamten

Bis zum Jahr 2011 wurde die Besoldungshöhe verbeamteter Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt in Abhängigkeit von Altersstufen geregelt. Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 19. Juni 2014 entschieden, dass ein solches Besoldungssystem Beamte aufgrund des Lebensalters benachteiligt und somit zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung führt.

Aufgrund dieses Urteils wurde in Sachsen-Anhalt ein neues – diskriminierungsfreies – Besoldungsneuregelungsgesetz verabschiedet, das nicht auf Lebensalter, sondern auf die Erfahrungsstufen abstellt. Zur Absicherung möglicher Ansprüche haben viele Kolleginnen und Kollegen Widerspruch gegen die „alte“ Besoldung eingelegt.

Ein Polizeibeamter aus Sachsen-Anhalt hat einen dementsprechenden Rechtstreit geführt, der letztendlich abschließend vom Bundesverwaltungsgericht entschieden wurde (Urteil vom 30.10.2014, Aktenzeichen

2 C 6.13). Das Bundesverwaltungsgericht hat festgelegt, dass unter bestimmten Voraussetzungen ein Entschädigungsanspruch nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz entstehen kann.

Die Bezügestelle bearbeitet nunmehr die Widersprüche der Kolleginnen und Kollegen. In Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und nach Auskunft der Bezügestelle sind folgende Fallgruppen zu unterscheiden:

1. Bei Widersprüchen, die bis zum 08.11.2011 eingelegt wurden, besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen grundsätzlich ein Anspruch auf Entschädigung.
2. Bei Widersprüchen nach dem 8.11.2011 besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Entschädigung, da nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts die Geltendmachungsfrist des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes abgelaufen sei.
3. Falls kein Widerspruch eingelegt wurde,

besteht auch kein Anspruch auf Entschädigung.

Hinsichtlich der zweiten Fallgruppe gibt es jedoch auch Urteile aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die eine für die betroffenen Beamten und Beamten günstigere Fristenregelung anwenden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die angegebenen Rechtsmittel von einem Monat nach Zugang des Beschlusses unbedingt eingehalten werden muss.

Aus diesem Grund empfehlen wir unseren Mitgliedern bei ablehnenden Widerspruchsbescheiden wegen Nichteinhaltung der Ausschlussfrist umgehend nach Erhalt des Widerspruchsbescheides Kontakt mit der GEW-Landesrechtsstelle, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355433, E-Mail: ilona.kopplin@gew-lsa.de, aufzunehmen.

Steffen Plewe, Leiter Vorstandsbereich BbS, und Thomas Kohout, Rechtssekretär



Junge GEW Sachsen-Anhalt: Einladung zur Klausur

Liebes GEW-Mitglied, hast du Lust, deine gewerkschaftlichen Themen und Interessen mit anderen Mitgliedern der Jungen GEW zu diskutieren und deine Gewerkschaft als deine Interessenvertretung zu gestalten?

Wir laden dich zur 3. Klausur der Jungen GEW Sachsen-Anhalt vom 3. bis 4. Juni 2016 an der LEUCOREA in Wittenberg ein.

Auf dieser Klausur wollen wir uns kennenlernen, auf das vergangene Jahr zurückblicken und über Perspektiven unserer gewerkschaftlichen Arbeit sprechen. Die Herausforderungen und Probleme, die vor allem Berufsanfänger oder junge Berufstätige, Auszubildende oder Studierende in Erziehungs-, Bildungs- und Wissenschaftsberufen betreffen, sollen im Fokus der Diskussion stehen, zu der wir einen Vertreter des Vorstandes der GEW Sachsen-Anhalt eingeladen haben. An der Klausur können Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt teilnehmen, die der Jungen GEW angehören (auch als passives Mitglied bist du willkommen). Die Fahrtkosten sowie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von der GEW Sachsen-Anhalt übernommen. Bei Fragen melde dich bitte bei Katja Kämmerer (s.u.).

Anmeldungen und/oder Nachfragen bitte bis zum 20. Mai 2016 per E-Mail an: katja.kaemmerer@gew-lsa.de

Im Namen der Jungen GEW Sachsen-Anhalt
Vincent Große, Christian Kümmeling, Noah Knittel, Cathleen Rosendahl, Doreen Pöschl

Paritätische Tarifgemeinschaft: GEW-Bonus sichern

GEW-Mitglieder, die bei Arbeitgebern beschäftigt sind, die Mitglied der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG) sind oder über einen Haustarifvertrag das PTG-Tarifrecht anwenden (Kinderland Forst Hermannseck, Kita der Lebenshilfe Merseburg, Volkssolidarität Querfurt-Merseburg), erhalten einen GEW-Bonus (Mitgliedervorteilsregelung). Dieser Bonus gilt sowohl für den Kita-Bereich als auch für den Nicht-Kita-Bereich und besteht aus einer monatlichen Zulage in Höhe von 25,- Euro sowie einem Tag Zusatzurlaub pro Kalenderjahr unter Fortzahlung des Entgeltes.

Wie bekommt man den Bonus? Die Beschäftigten haben dem Arbeitgeber bis spätestens zum 5. eines Monats die Mitgliedschaft in geeigneter Weise (Mitgliedsbescheinigung) zu belegen, um erstmalig diesen Anspruch im laufenden Monat zu erwerben. Dieser Nachweis ist jährlich spätestens zum 5. Januar zu wiederholen. § 5 Absatz 1 Bundesurlaubsgesetz (Teilurlaub) gilt nicht für den Zusatzurlaub aufgrund der Mitgliedervorteilsregelung. Es besteht für Beschäftigte, die im zweiten Kalenderhalbjahr Mitglied der vertragsschließenden Gewerkschaft geworden sind, der Anspruch auf einen Tag Zusatzurlaub unter Fortzahlung der Vergütung erstmalig mit dem Kalenderjahr, welches dem Jahr folgt, in dem die Mitgliedschaft begründet worden ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss: Wer im ersten Kalenderhalbjahr GEW-Mitglied wird und die Mitgliedsbescheinigung bis 30. Juni 2016 beim Arbeitgeber abgibt, sichert sich den GEW-Urlaubstag auch noch für das laufende Jahr 2016. Wenn man diese Frist verpasst und erst im zweiten Kalenderhalbjahr eintritt, bekommt man zwar den monatlichen GEW-Bonus in Höhe von 25,- Euro ab Eintrittsmonat, aber den zusätzlichen Urlaubstag gibt es für das zweite Kalenderhalbjahr nicht. Also, am besten nicht lange überlegen und schnellstens GEW-Mitglied werden.

Wenn ihr Fragen habt, ladet uns ein! Für den Norden steht euch Andreas Kubina (andreas.kubina@gew-lsa.de) und für den Süden Angelique Leuckefeld (angelique.leuckefeld@gew-lsa.de) gern zur Verfügung.

Daniel Merbitz

Schulung für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte an Schulen: Arbeitssicherheit und Integration sind Schwerpunkte

Die GEW Sachsen-Anhalt lädt zu einer Schulung für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertretungen an den Schulen Sachsen-Anhalts ein:

- am Donnerstag, **26. Mai 2016, in Halle**, DORMERO Kongress- und Kulturzentrum, Franckestraße 1, 06110 Halle, von 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr (verbindliche Anmeldung bis 13. Mai 2016)
- am Mittwoch, **28. September 2016, in Magdeburg**, Hotel Ratswaage, Ratswaageplatz 1-4, 39104 Magdeburg, von 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr (verbindliche Anmeldung bis 12. September 2016)

Thematische Schwerpunkte:

- Einbindung der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in ein nachhaltiges Arbeitssicherheitstechnisches und arbeitsmedizinisches Betreuungskonzept an den öffentlichen Schulen
- Umsetzung von Aufgaben und Rechten von ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten an den Schulen nach dem Frauenfördergesetz des Landes Sachsen-Anhalt
- Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

Referent/innen:

Regina Walter (LSchA, Gleichstellung), Eva Gerth (GEW Sachsen-Anhalt), Petra Richter (GEW Sachsen-Anhalt), Jürgen Krampe (LSchA, Stellvertretender Direktor)

Ablauf:

9.30 Uhr	Eröffnung
9.45 Uhr	Aufgaben und Betätigungsfelder für eGb im Zusammenwirken mit den Fachkräften für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin der Firma medical airport service GmbH
11.00 Uhr	schulformbezogene Workshops, Erfahrungsaustausch
13.15 Uhr	Aktuelle Themen und Schwerpunkte
14.00 Uhr	Flucht und Asyl – Integration von Flüchtlingskindern an Schulen

Organisatorisches:

Die Schulung ist eine durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt anerkannte Bildungsveranstaltung. Gemäß § 18, Abs. 4 Frauenfördergesetz LSA haben ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertretungen Anspruch auf Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Bezüge. Da ein rechtlicher Anspruch auf Schulung besteht, muss die Schulleitung die Teilnahme an der Schulung nicht genehmigen. Sie ist jedoch auf jeden Fall der Schulleitung anzugeben. Wir bitten um **Anmeldung** per Post, Fax oder E-Mail an: Treuhand- und Servicegesellschaft der GEW Sachsen-Anhalt mbH, z.Hd. Nadia-Sabrina Beutel, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg; Fax: 0391 7313405; E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net

Es erfolgt keine Anmeldebestätigung. Bei Überbuchung werden entsprechende Informationen an die Teilnehmer/innen versendet.

Die Reisekosten können durch die GEW nicht erstattet werden. Die

Erstattung der Reisekosten erfolgt durch das Landesschulamt (Referat 32 bzw. 33). Für die Rückerstattung der Reisekosten ist Folgendes zu beachten: Bei der Anreise mit der Deutschen Bahn zum Veranstaltungsort nutzen Sie bitte zum Erwerb einer Fahrkarte den Großkundenrabatt (GKR). Die GKR-Nummer lautet 2304635. Es werden grundsätzlich nur die Fahrtkosten für die Nutzung der Deutschen Bahn abzüglich des möglichen Großkundenrabattes von 8% des regulären Fahrpreises für die zweite Wagenklasse erstattet. Zur Beantragung müssen die Einladung, die Genehmigung der Anzeige der Dienstreise, die Kopie der Teilnahmebestätigung und die Fahrkarte vorgelegt werden. Parkmöglichkeiten in Halle: Stellplätze sind im angeschlossenen K&K-Parkhaus (Einfahrt: Franckestr. 1) vorhanden; in Magdeburg: Stellplätze sind im Parkhaus bzw. vor dem Hotel vorhanden (Parkgebühren werden durch die GEW nicht erstattet).



Verbindliche Anmeldung zur Schulung der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten

am 26. Mai 2016 in Halle

(Anmeldeschluss 13. Mai 2016)

am 28. September 2016 in Magdeburg

(Anmeldeschluss 12. September 2016)

Anmeldungen bitte an: Treuhand- und Servicegesellschaft der GEW Sachsen-Anhalt mbH, z.Hd. Nadia-Sabrina Beutel, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg; Fax: 0391 7313405; E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net (Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname:

Tel.: E-Mail:

GEW-Mitglied: ja nein

Funktion: Gleichstellungs- stellv. Gleichstellungs-
beauftragte/r beauftragte/r

Beschäftigungsstatus: angestellt verbeamtet

Schulform:	<input type="checkbox"/> Grundschule	<input type="checkbox"/> Sekundarschule	<input type="checkbox"/> Gymnasium
	<input type="checkbox"/> Förderschule	<input type="checkbox"/> Gesamt-/Gemeinschaftsschule	<input type="checkbox"/> Berufsbildende Schule

Anschrift der Dienststelle:

Ich wünsche mir Antworten zu folgenden Problemen:
.....

Datum: Unterschrift:

Kinder- und Jugendliteratur-Tipp:

Hoover

Ute Wegmann; Hoover; München: dtv 2015; ISBN: 978-3-423-64015-2; Preis: 10,95 €, 208 Seiten; Altersempfehlung: ab 11 Jahre

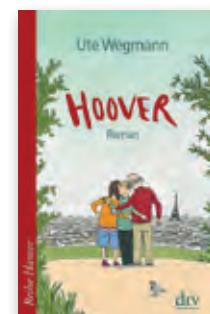
Wenn man zwölf Jahre alt ist, ist das Leben nicht immer einfach. Vor allem nicht, wenn man immer der Kleinste ist. Doch das ist momentan für Hoover nicht das Schlimmste, denn seine Zwillingsschwestern sind über die Ferien verreist, seine Mutter lernt tagein, tagaus für eine Prüfung und sein Vater arbeitet in München. So hat Hoover viel Zeit für seinen Opa, der in letzter Zeit auch mehr Betreuung braucht. Gern hört Hoover die zahlreichen Geschichten, die Opa zu erzählen hat. In diesen Geschichten tritt auch Opas Wunsch zutage, noch einmal nach Paris zu reisen, wo er vor Jahrzehnten seine längst verstorbene Frau, Hoovers Oma, kennen gelernt hat.

Gemeinsam mit seiner neuen Freundin Claudine schmiedet Hoover daher den Plan, mit Opa an seinem Geburtstag nach Paris zu fahren. Claudine, deren Vater in Paris arbeitet und die halb Französin ist, ver-

spricht zu helfen. Gemeinsam musizieren sie auf der Straße (Claudine singt und Hoover spielt Gitarre), um das Geld für die Zugfahrt zusammenzubekommen. Und tatsächlich gelingt das Unternehmen, und sie schaffen es nach Paris. Doch dort läuft nicht alles so wie geplant ... Die Hauptfigur Hoover, der eigentlich Tim heißt, wächst in der Geschichte auf mehreren Ebenen. Er verliebt sich und nähert sich zärtlich an Claudine an, er sorgt sich um seinen Großvater, der ihn so geprägt hat und dem er gern eine richtige Freude machen möchte, und er leidet unter seiner „verstreuten“ Familie. Dabei lernt er, Verantwortung zu übernehmen und Visionen zu verwirklichen.

Mitreißend schildert Ute Wegmann Hoovers Abenteuer, das mitunter an Kästner'sche Geschichten erinnert und Familie, Loyalität, Liebe und Verantwortungsbewusstsein ins Zentrum rückt. Dabei wirkt das Buch keineswegs aufgesetzt pädagogisch, höchstens ein wenig idealisiert.

Dr. Alexandra Ritter



Altmärkischer Lehrerinnen- und Lehrertag: Nach 23 Jahren geht eine Ära zu Ende

Die GEW-Bildungstage wurden 1993 in der Altmark erfunden. Die Leiterin des GEW-Regionalbüros „Altmark“, Anngret Windelband, bewies damals schon Weitsicht, als sie meinte, auch in den Nachwendewirren kann sich die Bildungsgewerkschaft nicht nur auf die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen konzentrieren. Gerade nach dem Ende des DDR-Bildungssystems waren neue Ideen gefragt. Sie entwickelte ein Konzept für gewerkschaftliche Lehrkräftefortbildung und setzte es auch gegen den Widerstand des Autors dieses Artikels (der damals GEW-Kreisvorsitzender in Stendal war) um: Der 1. Altmärkische Lehrerinnen- und Lehrertag war geboren. Und er war ein voller Erfolg. Nicht nur aus der Altmark kamen bildungshungrige Pädagogen nach Stendal. Auch aus den umliegenden Kreisen, aus Niedersachsen, Sachsen und Brandenburg fanden sich in den Folgejahren Teilnehmer ein.

Sven Oeberst und später Ines Albrecht führten mit großem Aufwand und der Unterstützung einer Arbeitsgruppe (ausschließlich Frauen!) dieses Erfolgsmodell fort. Hochrangige Vertreter des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt wie Staatssekretär Willemse oder Dr. Nieber gaben sich anfangs die Klinke

in die Hand und wurden von den Teilnehmern manchmal wegen ihrer verkorksten Bildungspolitik zu Weißglut gebracht. Regelmäßig kamen in den 90er Jahren über 400 Teilnehmer nach Stendal – „Wer als Lehrer etwas auf sich hält, geht zum Altmärkischen Lehrerinnen- und Lehrertag“ war das Motto. Für PM, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Kita-Erzieherinnen und Studenten wurde der Bildungstag geöffnet und sie kamen. Die Aula des Wickelmanngymnasiums Stendal platzte bei den Eröffnungen regelmäßig aus den Nähten und Konflikte mit der Bauaufsicht wegen Überlastung waren vorprogrammiert. Dann kamen die geburtenschwachen Jahrgänge und die Lehrkräfteanzahl wurde drastisch reduziert. Selbstverständlich gingen auch die Teilnehmerzahlen des Bildungstages zurück. Das war nicht schlimm, eher entlastend.

Doch in diesem Jahr kam der drastische Einbruch. Die Veranstaltung rechnet sich nicht mehr. Mit über 50 Teilnehmern weniger als in den Vorjahren wäre der 23. Altmärkische Lehrerinnen- und Lehrertag ein großes Verlustgeschäft geworden. Da wir ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen leben, hielten es die Organisatoren für unverantwortlich, den

Bildungstag durchzuführen und zogen die Reißleine. Zum ersten Mal muss der Altmärkische Lehrerinnen- und Lehrertag ausfallen. Woran liegt es? Da kann man nur spekulieren. Aber weder der Termin noch die angebotenen Themen dürften dafür verantwortlich sein. Aus Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen wissen wir, dass ihnen einfach die Kräfte fehlen, am Wochenende eine ganztägige Fortbildung zu besuchen. Der Altersdurchschnitt in unseren Lehrerzimmern ist einfach zu hoch. Es fehlt an jungen, unverbrauchten Lehrkräften. Bei vielen stellen sich gesundheitliche Probleme ein. Das Projekt „Lehrkräftegesundheit“ hat das Kultusministerium zwar viel Geld gekostet, aber es greift offenbar wegen handwerklicher Mängel nicht so richtig. Da muss man endlich in die „Puschen“ kommen! Und wie geht es in der Altmark weiter? Ob es einen weiteren Altmärkischen Lehrerinnen- und Lehrertag geben wird, ist noch nicht entschieden. Darüber muss gründlich beraten werden. Auf keinen Fall sollte die GEW sich aber aus der Lehrerfortbildung zurückziehen. Möglicherweise lassen sich andere Formen der Fortbildung etablieren. In Stendal ist man kreativ genug, um da nach 23 Jahren noch einmal Neuland zu betreten.

Rolf Hamm

Bildungsnachmittag der GEW Stendal: „Schüler motivieren?!”

Termin: Dienstag, 3. Mai 2016, von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Ort: Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1, Raum „Havelberg“

Der Vorstandsbereich Schulen des GEW-Kreisverbandes Stendal lädt zum 1. GEW-Bildungsnachmittag (anerkannte Fortbildung, WT-Nr. beantragt) mit dem Thema „Motivationsforschung im Kontext Schule“ ein:

- gehirngerechtes Lernen – motivierende Spiele für den täglichen Gebrauch;
- Lernaufgaben im Niveaustufenmodell – lassen Sie doch einfach arbeiten!
- kreative, neugierig machende Unterrichtseinstiege;
- Stellschrauben der Motivation;
- die unerwartete Vertretungsstunde – und nun? (Referent: Jan Berger, Halle)

Anmeldungen bis spätestens 20.04.2016 an: GEW Stendal, Stadtseeallee 1, 39576 Stendal, Fax: 03931 212892, Tel.: 03931 212892 (nur Do 14.30-16 Uhr, außer in den Ferien), E-Mail: rolf.hamm@gew-lsa.de
Teilnahmegebühr: für GEW-Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 10,00 € (vorab bis 20.04.2016 zu überweisen an den GEW-KV Stendal, IBAN: DE 27 8105 0555 3010 0030 04, Zahlungsgrund: Bildungsnachmittag, Name des TN); gezahlte Teilnahmegebühren werden bei Nichtteilnahme nicht zurückerstattet.

Fortbildung der GEW Westliche Altmark: „Lernen 2.0“

Termin: Dienstag, 31. Mai 2016, von 15.30 Uhr bis ca. 18.00 Uhr
Ort: Aula der Sekundarschule Kalbe/Milde

Mit dem Thema „**Lernen 2.0 oder was Katzen und japanische Samurai mit Lernprozessen zu tun haben**“ (Referent: Dr. Dieter Böhm, Brain-Consult Barleben) setzt der GEW-Kreisverband Westliche Altmark seine Fortbildungsreihe fort und lädt zu der anerkannten Fortbildung (WT 2016-003-10 LISA) recht herzlich ein:

- „Wir noch viel lernen müssen“ oder wie man Menschen da abholt, wo sie sind;
- welche Rolle soziale Netzwerke beim Lernen spielen;
- was sich technologisch in den letzten 20 Jahren verändert hat und wie sich das auf Lernprozesse auswirkt;
- wie WEBinare, Google-Brillen, TED-Vorträge und die Khan-Academy das Lernen verändern und warum Lehrer das wissen sollten.

Anmeldung (nur schriftlich per Post oder per E-Mail) bis 29.04.2016 an: GEW-Kreisverband Westliche Altmark, Postfach 32 01 23, 39040 Magdeburg, E-Mail: gew.salzwedel@gew-lsa.de

Für GEW-Mitglieder ist die Veranstaltung kostenfrei, Nicht-GEW-Mitglieder zahlen einen Unkostenbeitrag von 15,- Euro in bar. Eine Anmeldebestätigung erfolgt nicht.

8. Bildungstag der GEW-KV des Harzkreises: Schüler – Lehrer – neue Medien

Am 5. März trafen sich mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen des Harzkreises zum Bildungstag der GEW. In sehr schöner Atmosphäre des Blankenburger Gymnasiums wurde eine vielfältige Palette von Themen angeboten.

Eröffnet wurde der Tag mit dem Referat von Dr. Böhm ([Foto](#)). Er beschäftigte sich mit der Aufgabe aller Lehrer/innen und Erzieher/innen, die Ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen dort abzuholen, wo sie gerade sind, auf ihren individuellen Entwicklungs- und Bildungsstand einzugehen und persönliche Stärken zu nutzen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Vorkenntnisse im

Bereich der neuen Medien zu legen, in denen die Schüler manchmal über umfangreiches Wissen verfügen, teilweise weiterreichende Kenntnisse haben als ihre Lehrer. In dieser Hinsicht fehlt es oft an nötiger materieller Ausstattung der Schulen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit in den verschiedenen Foren war die Verknüpfung von Bewegung und Lernen, aber auch die Möglichkeiten der Kolleginnen und Kollegen, den anstrengenden Arbeitsalltag zu bewältigen.

Unser Dank geht an alle Helfer, die durch ihre Unterstützung zu einem guten Gelingen des Bildungstages beigetragen haben.

Cornelia Grabski



Foto: Cornelia Grabski

Informationsangebot der Arbeitsgruppe Auslandslehrkräfte:

Von internationalen Erfahrungen profitieren alle

Interkultureller Austausch und der Blick über den eigenen Tellerrand gelten auch im Bildungsbereich als Voraussetzung, um Vorurteile abzubauen und ein friedliches Zusammenleben zu befördern. Auf einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der GEW-Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt unter Federführung der Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und Auslandslehrer (AGAL) wurde Anfang März über die Möglichkeiten berichtet, die das Schulsystem für einen solchen Austausch bietet.

Vielfältige Erfahrungen sammeln

Über 40 Anmeldungen verdeutlichen das rege Interesse, das für ein solches Angebot besteht. Nach einer kurzen Begrüßung durch den AGAL-Vorsteher Stephan Münchhoff und einführenden Worten zum Europa-Haus Leipzig von Sophie Quadt standen Heidrun Forßbohm aus dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus sowie Hans-Werner Fenzau vom Landesschulamt Sachsen-Anhalt allen Teilnehmern Rede und Antwort. In ihren Eingangs-Statements gaben sie einen ersten Überblick über die Chancen und Bedingungen eines Auslandsaufenthalts hiesiger Lehrkräfte. In diesem Zuge wurde auch betont, dass von einem solchen zeitweiligen Wechsel und den dabei gesammelten Erfahrungen nicht nur die Lehrkraft und die neue Einsatzschule profitieren; die Bundesländer setzen ebenso darauf, dass nach der Rückkehr die neu erworbenen Kompetenzen und Ideen in den regulären Schuldienst einfließen. Bewerbungen für einen befristeten Einsatz im Ausland sollten daher nicht auf das Laufbahnende verschoben werden. Allerdings mussten die Referenten auch einräumen, dass in den Schulbehörden konkrete Konzepte zur Nutzung der Erfahrungen der Rückkehrer fehlen. Damit die Zeit an der Auslandsschule für alle Seiten zufriedenstellend verläuft, seien von Beginn an klare Vorstellungen vom Einsatzland, den Bedingungen vor Ort und der möglichen Dauer des Aufenthalts ratsam. Insbesondere kulturelle Besonderheiten im Gastland und die lange Trennung von Freunden und Familie führen hin und wieder dazu, dass der Einsatz im Ausland nicht bis zum geplanten Ende erfolgt. Die Dauer der Beschäftigung im Ausland variiert mit dem jeweiligen Programm, so kehren Landespro-

grammlehrkräfte in der Regel nach spätestens vier Jahren heim, bei Auslandsdienstlehrkräften kann dieser Zeitraum doppelt so lang sein. Unabhängig vom Programm erfolgen die Bewerbungen über den Dienstweg. Bei einer Bewilligung ruht das Arbeitsverhältnis für die Zeit des Auslandsaufenthalts. Nach der Rückkehr hat die Lehrkraft daher einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung, allerdings nicht auf einen Einsatz an der alten Schulen.

Verpflichtungen der Bundesländer

Beide Referenten wiesen auch darauf hin, dass es den Bundesländer zunehmend schwerer fällt, die aus dem Königsteiner Schlüssel resultierenden Verpflichtungen zur Entsendung von Lehrkräften zu erfüllen. Zum einen seien die Bewerberzahlen rückläufig, zum anderen gebe es aber auch ein zunehmendes Spannungsverhältnis zur unzureichen- den Unterrichtsversorgung an den Schulen. Dieses Eingeständnis führte zu zahlreichen Nachfragen aus dem Publikum. Dabei wurde moniert, dass von Seiten der Ministerien und Schulbehörden mehr getan werden könnte, um die Bewerberzahlen zu erhöhen sowie die Freistellungspraxis zu verbessern.

Internationalisierung und Zusammenarbeit stärken

In einem zweiten Block kehrte Professor Anatoli Rakhkochkine von der Universität Leipzig die Blickrichtung um und sprach über

ausländische Lehrkräfte in der Bundesrepublik. Gemeinsam mit anderen Mitstreitern gründete er vor kurzem den „Verein zur Vernetzung und Förderung von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationsgeschichte und internationaler Berufserfahrung in Mitteleuropa“. Im Vergleich zu anderen Bereichen und Professionen sieht Professor Rakhkochkine einen Nachholbedarf bei der Internationalisierung der Lehrerschaft, der Lehrerbildung sowie der Lehrermobilität. Gerade Lehrkräfte mit Migrationshintergrund oder Auslandserfahrung könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Am zielgerichteten Einsatz der Rückkehrer haben der Verein und die AGAL ein gemeinsames Interesse. Aktuell plant der Verein ein Projekt für eine Ad-hoc-Schule für Flüchtlinge, bei der auch die Kompetenzen von geflüchteten Lehrkräften eingesetzt und gefördert werden sollen. Zum Abschluss stellte Kollege Stephan Münchhoff die Arbeit und Struktur der AGAL in der GEW vor, dabei ging er auch ausführlich auf die Fragen und Anmerkungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein. Nach dem Ende bot sich noch für viele die Möglichkeit, den Austausch in einem persönlichen Gespräch fortzusetzen. Der Tag verdeutlichte allen die positiven Effekte, die aus einer Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg erwachsen können – auch für die beteiligten GEW-Landesverbände.

Alexander Pistorius



Foto: Alexander Pistorius

„Böckler-Aktion Bildung“:

Gewerkschaften unterstützen Studierende

Mit der „Böckler-Aktion Bildung“ vergibt die Hans-Böckler-Stiftung, das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Stipendien an junge Menschen, die sich ein Studium anders nicht leisten könnten. Wichtig ist dabei, dass die Bewerberinnen und Bewerber nicht nur gute schulische Leistungen erbracht, sondern sich während ihrer Schulzeit bereits ehrenamtlich engagiert haben und dies auch im Studium weiter tun möchten. Ein weiteres Kriterium ist die soziale Situation: das Familieneinkommen und Vermögen muss so bemessen sein, dass ein voller BAföG-Anspruch besteht.

Für das Stipendium der „Böckler-Aktion Bil-

dung“ können sich Schülerinnen und Schüler bewerben, die sich für den Hochschulzugang qualifiziert haben oder auf dem Weg sind, ihr Abitur, Fachabitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Seit 2007 vergibt die Hans-Böckler-Stiftung durch die „Böckler-Aktion Bildung“ jährlich ca. 30 Prozent ihrer Stipendien explizit an Bewerberinnen und Bewerber, die gesellschaftlich engagiert sind, deren Eltern sie in ihrem Studienwunsch aber nicht unterstützen können, und etwa 70 Prozent gehen an junge Menschen mit Migrationshintergrund – dies ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit im Hochschulsystem.

Die GEW weiß, dass sich junge Menschen gesellschaftlich, sozial und politisch engagieren. Daher bittet sie die Kolleginnen und Kollegen, die Informationen über das Stipendium an potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten weiterzugeben und sie zur Bewerbung zu ermuntern.

Die nächste Bewerbungsfrist endet am 30. April 2016. Weitere Informationen zur Bewerbung findet man unter www.boeckler.de/4369.htm

GEW-Mitglieder stellen ihre Anträge über den GEW-Landesverband; Kontakterson ist Kollege Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (E-Mail: katja.kaemmerer@gew-lsa.de).

Du studierst!
Wir zahlen.



→ Die Stipendien der Böckler-Aktion Bildung

Hans-Böckler-Stiftung

GEW

GEW

Erster Fachtag der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien Sachsen-Anhalt: „Von Bücherfressern und verfressenen Büchern“

Dass Bücher fesseln, abstoßen oder auch zum Lachen bringen können, ist allgemein bekannt. Dass es jedoch auch Bücher geben soll, die beißen und ganze Hunde verschlingen, mutet dann doch ziemlich unwirklich an.



Sabine Lange und Nadine Rönnicke bei der Buchpräsentation

Foto: Alexandra Ritter

Vielleicht lag es gerade daran, dass das Interesse am Tagungsthema des ersten Fachtags der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien so groß war. 25 Interessierte trafen sich am 20. Februar in den Räumen der Lernwerkstatt in den Franckeschen Stiftungen in Halle zu einem Workshop, der das Verhältnis von Fiktionalität und Faktualität in der Literatur am Beispiel ausgewählter Bilderbücher in den Blick nahm. Die TeilnehmerInnen waren LehrerInnen, Studierende des Instituts, LiteraturwissenschaftlerInnen und LiteraturpädagogInnen aus Mitteldeutschland. Den Hauptvortrag als Einführung ins Thema hielt der Kulturwissenschaftler Dr. Thomas Bitterlich von der Universität Leipzig, der gemeinsam mit der hiesigen Landesstellenleiterin Dr. Alexandra Ritter von der MLU die Leitung der Tagung übernommen hatte. In zwei darauf folgenden Workshops wurden von den TeilnehmerInnen Bilderbücher erkundet, die sich auf zum Teil sehr ungewöhnlichen Wegen dem Thema „Lesen“ im Buch annäherten. Da gab es fressende Bücher, Bücher im Buch, Wege durch die Bücher, sogar ganze

Bibliotheken zwischen den Buchdeckeln und schließlich auch seltsame Wesen, die mitunter den Schritt aus dem Buch wagten und die Grenzen von Realität und Erzählung zunehmend fadenscheinig werden ließen. Im letzten Teil wurden dann gemeinsam Möglichkeiten erkundet und diskutiert, das Thema Fiktionalität didaktisch-methodisch so aufzubereiten, dass es bereits jüngeren Kindern auf angemessene Weise zugänglich gemacht werden kann. Denn die Gemachtheit und Künstlichkeit eines Buches zu verstehen und mit eben dieser anderen Ebene der Darstellung in Abgrenzung zur wahrnehmbaren Wirklichkeit umzugehen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, an kulturellen Gütern und entsprechenden Angeboten teilhaben zu können.

Die TeilnehmerInnen des Fachtages waren am Ende jedenfalls sehr motiviert, das Kennengelernte „in die Praxis“ zu bringen. Und der erste Fachtag der AJuM Sachsen-Anhalt soll nicht der letzte gewesen sein – Fortsetzung folgt also mit Sicherheit.

Prof. Dr. Michael Ritter

Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) in der GEW: Schatz oder Schund am Silbersee? – eine Suche nach dem guten Buch

Vom 7. bis 9. Oktober 2016 findet an der Akademie Remscheid die Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) in der GEW statt.

Die Qualität von Büchern ist Ansichtssache? Sicherlich ist die subjektive Prägung von Literaturanalyse, -beurteilung und -kritik nicht von der Hand zu weisen. Dennoch stellt sich die Frage, welche Kriterien und Orientie-

rungen für die Einschätzung von Literatur handhabbar und funktional sind. Vor dem Hintergrund dieser Frage veranstaltet die AJuM in Kooperation mit der Akademie Remscheid eine Fachtagung, die Orientierung auf dem vielfältigen Kinder- und Jugendbuchmarkt bietet und für unterschiedliche Perspektiven auf Literatur, Literaturvermittlung und Literaturkritik sensibilisieren möchte. Eingeladen sind alle mit Kinder- und Jugend-

literatur Befassten: LiteraturvermittlerInnen aus Schule, Kita, Freizeitbereich und Universität, BibliothekarInnen, Personen aus dem Literaturbetrieb etc. Auf dem Tagungsprogramm stehen Vorträge zur Literaturbeurteilung, Schriftstellerlesungen sowie Diskussionsforen und Workshops. **Ausführliche Informationen zum Tagungsprogramm und ein Anmeldungsformular unter: www.ajum.de**



Literatur-Tipp: Handbuch Bildungsplanung

Michael Klebl, Sylvester Popescu-Willigmann (Hg.); **Handbuch Bildungsplanung. Ziele und Inhalte beruflicher Bildung auf unterrichtlicher, organisatorischer und politischer Ebene**; W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2015; ISBN: 978-3-7639-5557-2; Preis 69,00 Euro; 960 Seiten

Das Handbuch richtet sich an alle, die sich mit der Berufsbildung beschäftigen, von Studenten der Berufspädagogik über Pädagogen an beruflichen Bildungseinrichtungen bis zu Verantwortlichen für berufliche Bildung in Unternehmen und Politik. Mit diesem Handbuch existiert ein Lehrwerk zu den Zielen und Inhalten beruflicher Bildung. Es vermittelt und erörtert das grundlegende Wissen zu diesem Teil des Bildungssystems, seine politischen und ökonomischen Entwicklungen und ordnet die Folgen in die gesellschaftlichen Zusammenhänge ein.

Das Handbuch gliedert sich in vier Teile. Dabei geht man hier besonders gut auf die verschiedenen Interessen der einzelnen Gruppen von Akteuren der Berufsbildung ein und weckt auch das Bedürfnis, die Sichtweise der anderen, auch am Bildungsprozess beteiligten Parteien, zu betrachten.

Durch seinen didaktischen Aufbau und das breite Themenspektrum der vier Buchteile, ist der Band als Lehrbuch und als Enzyklopädie nutzbar. Einige Beiträge haben Grundlagencharakter, andere vermitteln Hintergrundwissen oder behandeln aktuelle gesellschafts- und bildungspolitisch relevante Fragen.

Zu jedem Beitrag stehen Literatur- und Internethinweise ebenso zur Verfügung wie Erläuterungen der Herausgeber, ein umfangreiches Fachglossar sowie ein beitragsübergreifendes Stichwortverzeichnis. Die Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis sind zum Teil international renommierte Experten in ihren jeweiligen Fachgebieten.

Abschnitt A mit dem Titel „Bildungsplanung in Lehr- und Lernprozessen“ richtet sich vor allem an Lehrkräfte, indem Erkenntnisse zur

Bedeutung von Bildungszielen und Lerninhalten in konkreten Lehr- und Lernprozessen dargestellt werden.

Abschnitt B mit dem Titel „Bildungsplanung in Bildungsinstitutionen“ richtet sich an Bildungsreferenten. Hier geht es um die Mesoebene in der Bildungsplanung; dabei stehen Bildungseinrichtungen als Ort der Bildungsplanung und Programmplanung für Bildungsträger zur Debatte.

Abschnitt C mit dem Titel „Nachfrage nach beruflicher Bildung“ richtet sich an Personalentwickler und Berater. Hier spielen Begriffe und Modelle zu Bildungsvoraussetzungen und Bildungsentscheidungen in Abhängigkeit von u.a. sozioökonomischem Status, Geschlecht, Behinderung und der demografischen Entwicklung eine Rolle.

Abschnitt D mit dem Titel „Angebot an beruflicher Bildung und politischer Steuerung“ richtet sich an Programmplaner und Produktentwickler im Bildungsbereich. Hier beschäftigt man sich mit Wirkzusammenhängen und Steuerungsverfahren auf der Makroebene des Bildungssystems.

Für mich als Lehrkraft an einer BbS war es erfrischend, mich u.a. mit Bildungszielen wieder einmal etwas näher zu beschäftigen. So konnte ich in meinem Unterricht einiges mit aufnehmen und meine Zielorientiertheit verstärken. Gleichzeitig bin ich als Vertreter im Berufsbildungsausschuss der IHK Magdeburg und des Landesausschusses für Berufsbildung beim Sozialministerium mit der Bewertung, Evaluierung und Beurteilung von beruflicher Bildung involviert, und dieses Handbuch ist dabei eine große Hilfe. Somit bin ich der Meinung, dass es sich hierbei um ein außergewöhnliches Handbuch handelt und hervorragend gelungen ist; es ist nachdrücklich zu empfehlen.

Steffen Plewe

Die GEW gratuliert im April

88 Jahre
Willy Barth, Nudersdorf
87 Jahre
Joachim Falta, Calvörde
86 Jahre
Fritz Ruhnke, Wernigerode
85 Jahre
Gerhard Hedderich, Bad Harzburg
Helga Kirchner, Wernigerode
84 Jahre
Werner Bunk, Bernburg
Ruth Krell, Magdeburg
83 Jahre
Eleonore Strohmeier, Schönebeck
Elisabeth Witschaß, Halberstadt
Ingeborg Ahmann, Wittenberg
Helmut Ebert, Wolmirstedt
82 Jahre
Edith Zwirnmann, Bad Dürrenberg
Maria Hildegard Sieberg,
Haldensleben
Gerda Koch, Halle
81 Jahre
Jutta Weber, Magdeburg
Gerda Peters, Gütersberge
Klaus Schulze, Göbitz
Ruth Blasczyk, Aschersleben
Helga Eisenschmidt, Halle-Neustadt
Hannelore Behrends, Magdeburg

80 Jahre
Elisabeth Bäse, Quedlinburg
Rosemarie Hanisch, Ermsleben
Ilse Bernick, Magdeburg
Walter Naumann, Dessau-Roßlau
79 Jahre
Jutta Seefeldt, Blankenburg
78 Jahre
Elisabeth Zander, Zerbst
Walter Griesche, Thale
Norbert Küller, Peckfitz
Anneliese Rocktäschel, Magdeburg
Wolfgang Möhring, Tangermünde
Edith Moderzinske, Havelberg
Margit Günther, Tornau
Waltraud Beier, Klinze
Lisa Gebhardt, Remkersleben
77 Jahre
Anneliese Ulrich, Leißling
Edith Donath, Lützen
Günter Oelke, Staßfurt
Ingeborg Lehmann, Stendal
Elsbeth Könnecke, Neuenhofe
Klaus Dieter Oestreich,
Hohenwulsch
Dr. Wolf Kummer, Halle
Christine Riecke, Weferlingen
Gerda Herrmann, Saalfeld
Anneliese Maslock, Bindfeld

Heiner Hermann, Kayna
Hans-Jürgen Gohs, Zerbst
76 Jahre
Ingeborg Eckert, Halberstadt
Rudolf Fischer, Wernigerode
Marlene Banse, Bittkau
Käthe Günther, Merseburg
Bärbel Jacob, Gutenswegen
Marga Landes, Schönebeck
Udo Rodenkirchen, Magdeburg
75 Jahre
Christa Voss, Eismannsdorf
Helga Hartwig, Halle
Erhard Kästner, Wiederstedt
Reinhard Schoeps, Gardelegen
Gunda Posselt, Halberstadt
Brigitte Herzog, Hohenweiden
Doris Dolle, Oschersleben
Ingrid Tietz, Dessau-Roßlau
74 Jahre
Christel Staub, Wippra
Hannelore Lingner, Schköna
Ursula Kreutzmann, Lochau
Ursula Raap, Oschersleben
Dorle Reinecke, Halberstadt
Inge Hoche, Weißenfels
Ernst Ockert, Staßfurt
Heide Schumann, Havelberg
Ursula Gänger, Burg

73 Jahre
Hannelore Klotz, Magdeburg
Waltraud Meseberg,
Groß Rosenburg
Helga Rademeier, Sandbeendorf
Gisela Nessau, Burg
Doris Wander, Zerbst
Hannelore Hosch, Halle
72 Jahre
Edeltraut Grabiger, Haldensleben
Monika Kaufmann, Landsberg
Herbert Hofmann, Staßfurt
Elke Trojandt, Parey
Ursula Ecke, Gröbzig
Dr. Steffi Kohl, Halle
Antje Preuss, Domersleben
Sigrid Schwarzer, Weißenfels
71 Jahre
Helga Erb, Zerbst
Charlotte Klauke, Leuna
Gerd Breede, Zeitz
Pia Gerhardt, Merseburg
70 Jahre
Inge Arndt, Hohenziatz
Ursula Scheer, Ritze
Renate Lachmund, Halberstadt
Annegret Brandt, Bad Lauchstädt

GEW-Senioren Dessau:

Veranstaltungplan 2016

Monatliche Wanderungen organisieren wir **an jedem 3. Mittwoch** (Kontakt: Kolln. Stahl, Tel. 0340 6610622) und **an jedem letzten Mittwoch** im Monat gibt's im GEW-Büro um 15.00 Uhr den „Kaffeeklatsch“.

Do., 14. April, Fahrt nach Leipzig ins „Panometer“

Do., 12. Mai, Goitzsche-Schifffahrt

Do., 8. September, Fahrt nach Belzig zur Wanderung auf dem „Baumwipfelpfad“

Oktober/November, Fahrt mit der historischen Straßenbahn durch Dessau

1./2. Dezemberwoche, „Weihnachtsfeier“

Für die Veranstaltungen bitten wir um Anmeldung (Kontakt: Kolln. Dittmann, Tel. 0340 8500467).

GEW-Senioren Bitterfeld:

Veranstaltungplan 2016

Mi., 27. April: Diavortrag „Island: eine außergewöhnliche Reise mit dem Rad“ (Thomas Meixner), 14.00 Uhr in der Volks- hochschule Bitterfeld, 11.30 Uhr Mittagessen beim Griechen

Mai: Besuch des Zoos in Halle

Di., 7. Juni, Besuch der Friedersdorfer Kirche mit Orgelklängen, einschl. Mittagessen, Vortrag/Lesung, Kaffeetrinken

Mo., 4. Juli, 3-Seenfahrt um Leipzig mit dem Bus

Mi., 21. September, Busfahrt nach Potsdam

Oktober: Besuch des Cinemax in Halle mit Frühstück

November: Theaterbesuch in Dessau

Dezember: Weihnachtsfeier im „Deutschen Haus“ in Wolfen

GEW-Senioren Saalekreis: Veranstaltungshinweise

Di., 12. April, Fahrt nach Weißenfels mit Stadt- führung und Besuch des Schuhmuseums (Treffpunkt: 9.00 Uhr Hbf. Halle)

Di., 14. Juni, geführter Rundgang auf der Oberburg, Giebichenstein, mit Mittagessen und Floßfahrt (Treffpunkt: 9.00 Uhr Hbf. Halle)

Ingrid Möritz



GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spenderkonto: Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr. 375 188 0 188 BLZ 700 70 501

www.fair-childhood.eu

Wir gedenken der Verstorbenen

Ulrich Baumgärtner,
Brachstedt
Gerhard Gissendorf,
Stendal
Eva-Maria Jüterbock,
Magdeburg
Leona Müller,
Stendal
Dr. Artur Schellbach,
Dessau-Roßlau
Dana Steinbrecher,
Halle
Hildegard Weissgärber,
Wanzleben

Anzeigen

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Straßenkinder
schützen

www.tdh.de/strassenkinder

vinculum MUNDI
Ihre Reiseleiter
in PARIS
für Klassenfahrten
und Gruppenreisen

Stadttrundfahrten
Ausflugsprogramme
erfahren
agenturmäßig
preisgünstig

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-lsa.de, www.gew-lsa.de

Vorsitzender: Thomas Lippmann

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungswissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Matthias Müller; gültige Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2015; Anzeigenchluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation, Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net

schulfahrt.de Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. Krakau
6 Tage inkl. Prog.
Stadtführung inkl.

ab 152,- €

z. B. Prag
5 Tage inkl. Prog.
Stadttrundfahrt inkl.

ab 144,- €

z. B. Dublin
5 Tage inkl. Prog.
Stadttrundgang inkl.

ab 199,- €

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

© Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17



Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN D E

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):
.....

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche)

Der Michel hat gewählt

Nach unserer Landtagswahl gab es ja nur ein Thema: 24 Prozent AfD. Wenn man sich dieses Ergebnis ansieht, muss man einfach brechen. Und zwar eine Lanze für diese Partei. Sie wurde uns bisher immer als fremdenfeindlich hingestellt, weil sie sogar auf Flüchtlinge schießen lassen will. Außer auf Frauen, weil die verständiger sind, wie Beatrix von Storch sagte. Was bei Einigen schon die Frage aufkommen ließ, ob denn von Storch und Petry überhaupt Frauen wären. Das ist nun alles Geschichte, denn seit dem 13. März hat die AfD bewiesen, dass sie durchaus willens ist, Flüchtlinge aufzunehmen, die sich in ihrer bisherigen Heimat politisch verfolgt fühlten. Für diese Menschen darf es keine Obergrenze geben, sagte sich die AfD und nahm an einem einzigen Sonntag eine Viertelmillion Flüchtlinge auf, die bei ihr poli-

Grüße und dankte den vielen ehrenamtlichen Helfern, die beim Registrieren der Flüchtlinge geholfen haben. Dass er diese noch vor kurzem als „nützliche Idioten“ bezeichnet haben soll, nannte er eine Erfindung der „Lügenpresse“. Diese wurde dann von der Bundesvorsitzenden Frauke Petry gehörig abgestraft, indem sie zweimal ein Interview im ZDF platzen ließ. Erst vergaß sie den Termin und dann sich, indem sie sagte, sie möchte nicht mit Dunja Hayali sprechen, weil sich diese Moderatorin in den Vereinen „Gesicht zeigen“ und „Kein Platz für Rassismus“ engagiert. Offensichtlich geht Frau Petry davon aus, wenn es um Rassismus geht, würde es reichen, wenn man ihr Gesicht zeigt.

Deshalb empfahl die
Frauke dem
ZDF die
Ent-

Nachschatlag

tisches
Asyl suchte.
Das war das
kürzeste
Asylverfah-
ren, das welt-
weit bekannt
ist.

In den eigens dazu einge-
richteten „Hot Spots“ in Schu-
len und Turnhallen Sachsen-Anhalts
wurden in der Zeit von 8.00 bis 18.00
Uhr 38.000 CDULus, 28.000 Linkesen,
20.000 SPDanier, 6.000 FDPesen und
3.000 Grünländer auf den Integrationslisten
der AfD registriert. Die größte Flüchtlingsgruppe mit 101.000
Personen kam aus dem Nichtwahllis.
Bei 54.000 konnte die Herkunft bisher
noch gar nicht geklärt werden. Trotz-
dem begrüßte der Landesvorsitzende
der AfD, André Poggenburg, die Flüchtlings-
jubelnd mit einem herzlichen
„Refugees welcome!“. Der Vorsitzende
der AfD Brandenburgs, Alexander Gau-
land, übermittelte ihm brüderliche



lassung
Dunja Hayalis.

Und deshalb mache ich mir
auf diese Wahl jetzt den Reim, den sich
Kurt Tucholsky, fast auf den Tag genau
vor 85 Jahren, schon einmal machte:

Ihr müsst sie lieb und nett
behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind
so zart!

Ihr müsst mit Palmen sie
umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift eurem Hunde,
wenn er kläfft –:
Küßt AfDler, wo ihr sie
trefft!

Hans-Günther Pöllitz